

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Dienstag den 24. November 1896.

№ 136.

Interessante Aktenstücke.

Nunmehr erhalten wir auch noch von dem Dritten im Bunde — Herrn Schmitz — eine „Berichtigung“ folgenden Inhaltes:

Düsseldorf, 17. November. Die in Nr. 132 des Corr. — die mir erst jetzt zu Gesicht kommt — gegen Kollegen Gajch betr. der Dresdener Diäten erhobenen Beschuldigungen entbehren der Berechtigung. Gajch händigte mir seiner Zeit die fragliche Summe nebst anderen zu Agitationsschweiden vorausgelagten Beträge behufs Zurückerstattung an die Corr.-Kasse ein und wurde alles, so weit ich mich noch entsinnen kann, zusammen gebucht. Bei der pflanzlichen Uebergabe der Geschäfte machte ich darauf noch besonders aufmerksam; desgleichen fanden bei der Gelegenheit auch die übrigen jetzt monierten Posten Erwähnung. Forderungen wurden aber ebensowenig damals als einige Wochen später, wo ich mich in der Redaktion persönlich erkundigte, ob meine Hinterlassenschaft in Ordnung befunden, erhoben. Erst vor etwa sechs Wochen ging mir seitens der Redaktion eine solche zu, woraufhin ich mich, um allem Gerüde aus dem Wege zu gehen, schriftlich bereit erklärte, den fraglichen (Dresdener) Betrag zu beden, falls sich dessen Zurückerstattung nicht aus den Büchern ergeben sollte. Zur Deckung wies ich zunächst einen von mir bei meinem Abgange hinterlassenen überschüssigen Betrag an. — Auch die Behauptung, daß das Inserat „An die Kollegen Schlesiens“ in der Redaktion fabriziert wurde, entspricht nicht der Thatsache. Das Manuscript (eine Postkarte) ging in Abwesenheit Gajchs aus Breslau ein und wurde von mir aufgenommen. Den Beweis hierfür werde ich, wenn nötig, nach meiner Rückkunft in Leipzig erbringen. Auf weiteres eingehendes läßt weder meine Zeit noch mein kaum begründeter neuer Beruf zu. Woz Schmitz.

Herr Gajch sendt uns eine berichtigende Berichtigung, die wir im Wortlaut abdrucken wollen, ohne dazu verpflichtet zu sein. Herr Gajch schreibt:

Für Ihre Leser muß ich Ihnen Ihr großes Kopferbrechen, wie es mir möglich sei, daß ich sagte, „nach Rückerstattung“ der Fahrkosten aus Dresden hätte Kollege Schmitz den Betrag wieder an die Corr.-Kasse abgeliefert, während Kollege Wolbs den Betrag noch gar nicht eingekassiert hatte, insofern aufklären, daß da einfach eine kleine Verwechslung der Orte meinerseits vorliegt. Es standen damals verschiedene Beträge, so Hannover, Essen, für die Agitationskosten aus und ich habe also angenommen, daß einmal Kollege Schmitz mir mitgeteilt hat,

Dresden hat das Geld gesendet, während es dann einer der anderen Orte war. Es ist mir da eine Ideenassoziation zwischen der Thatsache, daß in Dresden der Betrag bewilligt wurde und mir vorkam, er sei auch eingekassiert worden, passiert. Da ich mich, wie ja auch Ihr Kollege Eschler weiß, nie um die finanziellen Angelegenheiten des Corr. gekümmert habe, in der Zeit vor der Generalversammlung aber noch weniger mein Augenmerk auf die Kassengeschäfte richten konnte, so werden Sie vielleicht begreifen, daß bei meiner Angabe ein Lapsus vorkommen konnte. Und dies besonders aus dem Grunde, weil ich bloß das eine ganz bestimmt weiß: daß der Betrag in Hinblick auf die Bewilligung in Dresden vorläufig um so eher auf die Kasse der Agitationskosten der Tagelohnempfänger genommen und von dort für die Corr.-Kasse verrechnet wurde. Kollege Schmitz hat sich auch zu dem Betrage bekannt. Sie aber haben in Ihrer bekannten unruhigen Weise seinen Hinweis unterdrückt, daß die Summe von dem Mehr in Abrechnung gebracht werden solle, das er in der Kasse gelassen.

U. Gajch.
Die Behauptung des Herrn Schmitz, Herr Gajch habe ihm die fragliche Summe nebst anderen vorausgelagten Beträgen behufs Zurückerstattung an die Corr.-Kasse eingehändigt, steht auf sehr schwachen Füßen, denn die Thatsachen lauten anders. Herr Gajch hat am 4. oder 5. Juni d. J. (aus Schmitz' Buchführung ist dies gar nicht zu erkennen) 30,30 Mk. und 100 Mk. aus der Kasse entnommen und diese Summe von 130,30 Mk. am 12. Juli — also einen Tag vor Beginn der Generalversammlung — wieder zurückgezahlt. Weitere Rückzahlungen für anderweitige Beträge hat Herr Gajch nicht geleistet, wenigstens sind solche unter keinem Sammelnamen usw. und an keiner Stelle gebucht. Uebrigens, Herr Schmitz, schreibt man eine Berichtigung erst dann, wenn man mit ganz bestimmten Thatsachen entgegenkommen kann und geht nicht wie die Kasse um den heißen Brei herum mit Redensarten, wie: „soweit ich mich noch entsinnen kann“. — Bei der Uebergabe der Geschäfte wollen Sie besonders auf diesen oder jenen Umstand noch aufmerksam gemacht haben, Monierungen wären aber damals so wenig wie „einige Wochen später“ (in Wirklichkeit noch nicht vierzehn Tage) erhoben worden. Sie wollen mit diesen Behauptungen den Anschein erwecken, als hätte alles prompt gestimmt, und die von uns jetzt erhobenen Beschuldigungen fänden ihren Ausgangspunkt in persönlichen Momenten. Das ist nicht der Fall, wenn aber Herr Schmitz erwähnt, daß For-

derungen bei der Frage, ob seine „Hinterlassenschaft“ in Ordnung, nicht erhoben wurden, so müssen wir schon diese seine „Ideenassoziation“ dahin berichtigten, daß er bei seinem wiederholten Erscheinen in der Expedition lediglich nach Eingängen frug, die sich auf sein früheres Verhältnis zur Opposition bezogen. Sodann erinnern wir Herrn Schmitz noch daran, daß er gerade bezüglich des Dresdener Betrages dem Kollegen Eschler ausdrücklich erklärte, dieser Betrag sei noch nicht eingegangen und müsse von dort — was bis dahin und auch später nicht geschehen — bezahlt werden. „Bei der pflanzlichen Uebergabe der Geschäfte“ machte Herr Schmitz darauf noch besonders aufmerksam“. Jetzt auf einmal wurde alles „zusammen gebucht“, in Wirklichkeit ist aber von keiner Seite bezüglich der entnommenen 10 Mk. mit der Corr.-Kasse verrechnet worden. Bekanntlich hatten die Kollegen Härtel und Eschler unmittelbar nach der Generalversammlung gerade genug mit der Redaktion zu thun und konnten somit nicht die in der letzten Zeit ohnedies etwas vermorrone Geschäftsführung des Herrn Schmitz revidieren, da sie mit der Erledigung der laufenden Geschäfte in Redaktion und Expedition vollauf in Anspruch genommen waren. Erst einige Wochen später war dies möglich und unmittelbar darauf wurde S. von dem Befund in Kenntnis gesetzt. Herr Schmitz sowohl wie Herr Gajch schreiben von einem überschüssigen Betrag in der Kasse, den der erstere zurückgelassen haben will. Welche — irren sich. Der zurückgelassene oder richtiger gesagt nicht nachweisbare Betrag von rund 7 Mk. wird dadurch erklärlich, daß einzelne kleine Inseratenreste bezahlt wurden, welche Herr Schmitz als „bejahrt“ einzutragen übersehen hatte ebenso liegt eine Quittung über 6 Mk. ohne Unterschrift vor. Wer hat das Geld erhalten? — Was das angeblich aus Breslau ausgegebene Inserat „Kollegen Schlesiens“ anlangt, sehen wir der Beweisführung des Herrn Schmitz mit Vergnügen entgegen.

Herrn Gajch erinnern wir daran, daß er sich laut Buch mehrere Male Geld für seine Agitationsreisen auszahlte, aber nur einmal solches wieder zurückerhielt, und zwar 130,30 Mk. am 12. Juli. Gerade weil für ihn nur ein einziges Mal Geld von auswärts eingekassiert wurde (von Hannover am 11. Juli 22 Mk.), so konnte nicht wohl eine Verrechnung mit Essen oder Dresden eintreten und Gajch spielend leicht am 12. Juli davon Einsicht in die Bücher nehmen und sein Konto abschließen. Das aus der Kasse entnommene Reisegeld nach Dresden hat Herr Gajch nicht wieder zurückerhielt, diese Thatsache bleibt bestehen und wird durch

Ein Zahlenroman.

Zugleich ein Beitrag zur Abklärung der Kurrentschrift.

An einem schönen Mai-Abende lustwandelte ein liebedes Paar lam in den herrlichen Anlagen des sorgsam gepflegten Stadtparks, wohl belüftet, doch erklärlicherweise nicht gekümmert darüber, noch gleichgültig Gesellschaft zu finden.

Warum auch? Liebende brauchen keine Gesellschaft und keine bedenklichen Verleugere, denn sie ... schwärmen sich losend aufs neue Ewige Liebe und Se.

Die Liebenden gingen fröhlich scherzend die wohlbekannten Pfade, während ein neckischer Beck ihre glühenden Wangen umfoste. Schneller klopfte die Pulse, als der lächeln Jüngling in vernünftiger Würdigung der kostbaren Dämmerstunde seine reizende Braut wiederholt herzlich küßte.

Doch zu bald erschwand der holde Traum von einem dauernden Glückseligkeit. Der Gedanke an die so unsichere Arbeiterexistenz trübte ihn. Die für wenige Minuten vergessene, unerwartet eingetretene Stellenlosigkeit machte den jungen Mann an sein Elend und ans Scheiden.

Angstvoll sprach er: „Ich werd' verschlagen, muß verh. — Kein anderer Dant ist mir geblieben; Denn es kam wie ich gehant, ged: Mein Arbeitgeber ist schwer verdracht.“

Schweigend vernahm die so jäh aus allen Himmeln gestürgte Braut die jornigen, bitteren und so sehr berech-

tigten Klagen des Geliebten. Sie staunte, als er erzählte, daß er trotz aller Mühe und Lebensgefahr täglich nur wenige Ger erkräftigen könne und fand es durchaus begreiflich, daß ein so schlechte Löhne zahlender Arbeitgeber auch keinen zweifelhaften Bankrott scheuen könne.

Bei so geringem Arbeitsverdienste geriet das ersehnte Heiratsprojekt freilich in weite Ferne. Aber die schöne Maid verschmähte es als Kasserbewußte Arbeiterin, ein verlorenes Glück zu beweinen; sie geistete vielmehr mit wohlgelegten Worten und Vernunftgründen das ausbeutungslüsterne Unternehmertum.

Da trat urplötzlich ein glücker Postzeitschmeißter aus dem Gebüsch und hielt das überraschte Paar an, weil er eine allzu freie Sprache vernommen hatte. Wohl wußte er, daß niemand ohne Grund unzufrieden ist, aber dennoch glaubte er, die Ehre des noch nicht abgeurteilten Bankrotteurs tröstet seines Unutes schädigen zu müssen. Nicht gering war freilich seine Verwunderung darüber, daß sogar ein im schönsten Jugendtraume schwebendes Brautpaar zu einer scharfen Kritik sozialer Gegenstände verdr war.

Umsonst verdr den die überraschten Liebenden, die Grenzen einer berechtigten Kritik sribol überschritten zu haben. Sie sagten übereinstimmend, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse ständen leider nicht viel über 0 und es könne ihnen doch wohl niemand verwehren, den Gründen dieser leidigen Thatsache nachzuforschen und auf Besserung ihrer Lage zu sinnen.

Der pflichterfüllte Beamte aber machte dieser seltsamen S10e dadurch ein Ende, daß er die Namen der Unzufriedenen notierte, um denselben vielleicht zu einer „bessernden“ Strafe verhalten zu können. H.

II.

123435 Tage 637235.

Kollegen! Verzeiht, wenn ich eure Geduld auf etre harte Probe stelle. Da aber gerade jetzt die Spalten des Corr. nur von Tarif und dessen Angelegenheiten nimmeln, so will ich, um auf ein andres Thema zu kommen, von „Ferien“ sprechen. — Bitte, nehme man eine Bleifeder zur Hand und notiere unter obige 123435 das Wort „Sieben“, dann unter 637235 das Wort „Ferien“ und der Schlüssel zu nachfolgender keinen Feriengedächte dürfte gefunden sein.

637235! Welch schönes Wort für diejenigen, welche zu ihrer Erholung 3253 63723573213 unternehmen können! Ich habe auch 637235, d. h. ich mache welche. Der Prinzipal hat keine Arbeit und folglich ist man so 6732, zu 632375. 637235 kann man im 073235 632375, so dachte ich. Was aber dort bekommen, zumal wenn man 7325 gar nichts 25 der Tasche hat. Meine Frau 7211 mich aus 32537 Verlegerheit, die 7325 zum 432534321135 war. „Wer wird sich denn so 37326375“, meinte sie, „du hast noch Hagarren, ich habe und 3237 und 3253 Schwemst 52373 zum 4321135 und fülle zwei Flaschen Kaffee zum Trinken!“ Na, so ging's denn los. Habe mir, um nicht zu 6723735, 32535 Ueberzähler mitgenommen und etwas über 67321325, Gleich 1325 und Brüderlich 1325. Unterwegs 7234 man mir mit dem Kinderwagen 325 4325 meiner Hofe 7325 durch. So gelangen wir 25 die 673235. Schön war 123 — die 52373 war aber 632537. Mein Rädel spielte mit einem 732635 und ich trant Kaffee. Vrr! Auf zu Hause ließ ich den Wagen und hatte das Unglück, 32535 732635 vom Rade zu verlieren. Das war der

die Erklärung des Herrn Schmitz bestätigt. — Uebrigens, wie sieht es mit dem Reisegehalte nach Halle, Telegramme, Druckschriften usw.? — Herr Gash hätte nicht notwendig gehagt, von einer „betananten unrühmlichen Waise“ unersetzlich zu sprechen, wir finden keinen Gefallen daran und halten es auch nicht für unsere Aufgabe, seine Person um jeden Preis in ein ungünstiges Licht zu stellen. Wir gegen ihn geschrieben haben, hat uns nicht mit Bestrebungen erfüllt, aber es müssen auch unangenehme Arbeiten erledigt werden, wenn es im Interesse des Verbandes liegt. Er möge sich doch auch daran erinnern, wie „rühmlich“ seine Angriffe gegen die Verbandsleitung und einzelne Kollegen sind, von denen kein Hund einen Bissen Brot nehmen würde, wenn sie sich in seine Kerle wären, wie Herr Gash sie mit brennenden Farben schildert. — Wollten wir dies Kapitel noch einmal anschneiden, dann könnten wir mit zweifelloser Klarheit nachweisen, wer unrühmlich vor der öffentlichen Meinung dasteht. Wir haben uns Gash gegenüber stets in der Abwehr befunden. Die Mitkontrahente des Herrn Gash zettelte unsern Bücheranzug usw. Herr Gash wird ferner wider Willen selbst einsehen müssen, daß hier kein „Hinweis unterdrückt“ worden ist, weil schließlich mit ein paar übrig bleibenden Pfennigen nicht größere Summen bezahlt werden können. Herr Gash hat die Behauptung des Herrn Schmitz bezüglich eines für die Dresdener Reise hinreichenden „Wehr“ in der Kasse in gutem Glauben aufgenommen, das berechtigt ihn aber noch nicht, uns daraus einen Strich zu ziehen. Schließlich noch eine Frage: Was würde Herr Gash in der B.-B. aus einer von uns eingetandenen „Vertichtigung“ machen, die wie die vorstehende in so gewandener und unklarer Weise eigentlich nicht bejagt. Würde man bei uns irrtümliche Auffassungen gelten lassen oder würde man nicht in Fettdruck über die „gewissenlosen Kerle“ herfallen, welche die Arbeitergewerkschaft für die Aufrechterhaltung ihrer Desbotie mißbräuchlich (oder gar verbrecherisch) verwenden? Wir haben es verschmäht, auf Grundlage des vorstehenden Materials daselbe tendenziös zu bewerten, wozu wir der Kampfweise der B.-B. gegenüber das Recht haben.

Ein Mahnwort an die Provinzkollegen.

Wenn wir die Vereinsberichte der Großdruckstädte genau verfolgt haben, so haben wir gesehen, daß der Tarif in allen maßgebenden Druckstädten ohne Schwierigkeiten bewilligt worden ist. So mancher Provinzkollege, der heute noch unter dem Druck der zehneinhalb-, elf- und zwölfstündigen Arbeitszeit schwächet und mit einem Wochenlohn von höchstens 18 Mk. befristet wird, dürfte sich schon gefragt haben: wenn doch nur ich erst im Besitze des neuen Tarifs wäre.

Diese Reilen sollen deshalb dazu dienen, uns Provinzkollegen fester zusammenzuschließen, damit wir auch die Vorteile des neuen Tarifs bald genießen. Wie die Verhältnisse in der Provinz liegen, wird jeder Kollege wissen, der hier gearbeitet hat, ebenso daß der Tarif nicht ohne Opfer zu stande kommt. Auf der einen Seite steht uns eine große Lebringszahl und auf der andern die Unmasse der Nichtmitglieder gegenüber. Daher müssen wir, wenn der Tarif hier eingeführt werden soll, die Nichtmitglieder über die jüngsten Ereignisse aufklären und mit aller Energie aufforbern, sich dem Verband anzuschließen. Wir wollen deshalb die bessere Geschäftszeit dazu benutzen, für das Wohl und Wehe unrer Organisation zu agitieren, damit wir auch hier in der Provinz bald menschenwürdige Zustände schaffen können.

Lasst uns deshalb die persönlichen Streitereien bei Seite und unterordnen uns den Beschlüssen der General-

erste 67323 Tag meiner 637235. Des andern Tages ging ich 6325 allein aus, doch hat ich mich damit nur 325132635, denn alle, die mich 632375 sahen, fragten, ob ich denn 32535 673235 Tag habe. Nachdem ich allen erzählt, daß ich das 67321325 6732 673235 632373, wollten 123 wissen, ob auch das 67321325 mich davon 4367323, aus eigener Tasche zu 632375. Darauf gab ich die Antwort:

„Daß 3253 67323 63723563237
Von 673235 6732 zu 632375 geht,
Vom 67321325 aber meiner 63237
Jedoch noch nirgend etwas steht.“

Darauf ging ich nach Hause und schrieb ein Trauerspiel, welches mich die ganze Woche bis zum Sonnabend beschäftigte. Dieser Tag brachte 3253 kleine Abwechslung. Ich mußte nämlich die Küche 73253 machen. Hätte mich da 24135 gesehen, wie ich auf den Stül 32531 431351 gestützt dastand, er hätte mich sicher zu 132535 „Süßigkeiten der Gesellschaft“ gerechnet. Wie 3253 42353 7234, pardon mes amis, arbeitete ich an dem zukünftigen 73251325 meiner Küche:

„Mit 673235 432535 421 zum Ende
7234 7325 ich meine Küche —

Das Kreuz that weh mir, wie noch 523 —
Statt 67321325 hat ich Süße. — —

Genug! Ich will aufhören, von meinen 637235 zu erzählen. Mein Magen knurrt als wenn 32135 auf 32135 sich 72343 und doch immer kein Geld in Händen. Erst Morgen erhalte ich Arbeitslohnunterstützung. Aber dann — 3214325, 3237, 523735 und darauf etwas 4237 vom 3213 werden mich die 123435 Tage 637235 vergessen lassen. Rewis.

versammlung, dann werden auch wir hier den Tarif einführen können. Daher, Kollegen, ob für oder gegen die Tarifgemeinschaft, wenn unsere Organisation, die der ganzen organisierten Arbeiterchaft als Muster gilt, lieb ist, der trete für den Tarif voll und ganz ein. Nur dann können wir gesunde Verhältnisse in unserm Gewerbe schaffen und den Tarif zur Anerkennung bringen. Wenn wir es ernst mit dem Tarife nehmen, so werden auch die Kollegen, die dem Verbands noch fernstehen, begreifen lernen, daß es nur allein der Verband der Deutschen Buchdrucker ist, der für das Wohl seiner Mitglieder eintritt.

Deshalb vorwärts! Das ist der Wunsch eines unter schlechten Verhältnissen lebenden Verbandsmitgliedes. Wo sollte wohl die Sache hinführen, wenn wir Verbandsmitglieder noch weiter uns gegenseitig bekämpfen? Damit wird doch unsere Lage nicht gebessert, wohl aber unsere Organisation, die schon seit Jahrzehnten besteht, unter Umständen geprengt werden. Sollte sich die Tarifgemeinschaft nicht bewähren, so werden wir dann auch wieder Mittel und Wege finden, unsere Lage zu verbessern. Benutzen wir die drei, bzw. fünf Jahre zum Aufbau unrer Organisation und nicht zur Zerplitterung, das kann nur der Wunsch eines jeden anständigen Kollegen sein.

Die Opposition wird hieraus ersehen, daß wir uns mit den gegebenen Thatsachen einverstanden erklären und uns den Beschlüssen der Generalversammlung fügen müssen, wenn wir hier in der Provinz den Tarif einführen wollen. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo wir uns wieder die Bruderhand reichen und ausrufen können: „Einer für alle und alle für einen.“

Kollegen! Lassen wir uns nicht länger als Spielball gebrauchen und treten wir für die Bestimmungen des neuen Tarifs voll und ganz ein, dann wird der Sieg nicht fernschlagen! Es lebe die Solidariät der deutschen Buchdrucker!

Kyr . . .

Schm.

Theorie und Praxis.

Die Sieges- und Freudensfeier auf der ganzen Länge der Wehrzeit sind im Verrücken begriffen. Die schönen Tage von Kranzwey sind vorbei und im gesamten Buchdruckgewerbe beginnt nunmehr eine Aera des „Ausgleichs der Gegensätze und der praktischen Arbeit“, der Einführung des Tarifs durch „beide Teile“ und insbesondere der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Prinzipale haben es verstanden und wir Gehilfen, mit unserm ganz gewöhnlichen Welttagshorizonte, sind ehrlich genug, solche Versicherungen als bare Münze zu nehmen, und wenn auch hier und da eine vorwitzige Nase ein Haar in der Suppe entdeckt, wir haben unbesenen solche auszulöffeln und gepannt zu warten der Dinge die da kommen sollen. Von Allgemeinheit zu Allgemeinheit ist der Tarif vereinbart, den Organisationen bleibt es unbenommen, sich ihm gegenüber zu verhalten wie sie wollen und speziell unsere väterlichen Berater wissen ja den Vorteil an ihre Fersen zu heften. Unrer Organisation, der Verband, hat nun auch Ja und Amen gesagt, sehen wir nun aber die Mitkontrahenten an, so sind wir daß erstaunt über die Mißfälligkeit derselben, und gerade die Großstadt gestattet einen weiten Blick in das Gebahren der Prinzipale. Dort, wo neben dem „D. B. B.“ auch noch Innungen existieren, gehört der Prinzipal vielfach beiden an und dies hat seinen Grund; denn während mit Hurra im „Deutschen B. B.“ die getroffenen Vereinbarungen angenommen werden, werden sie dort mit verblichener Kaltblütigkeit ignoriert. Hierüber geben namentlich die Geschäfts-Ordnungen Aufschluß, es wird wohl da Eingangssatz gesagt: „Als Grundlage der Entlohnung gilt der jeweils vom Vorstande des „D. B. B.“ anerkannte Tarif“, aber es kommt z. B. bei der Geschäftsordnung der „Innung Dresdener Buchdruckereibesitzer“ zu allem Ueberflusse der Zusatz: „soweit nichts andres schriftlich vereinbart ist.“ Die Sache liegt sich ja ganz harmlos und man ist auch der festen Ueberzeugung, schriftlich nichts andres vereinbart zu haben, streng genommen ist aber eine solche Geschäfts-Ordnung nichts als eine schriftliche Vereinbarung, denn „Ihr Inhalt ist für Prinzipal und Arbeiter rechtsverbindlich“ und bei der Annahme hat der Arbeiter die Arbeits-Ordnung, von welcher ihm ein Exemplar behändigt wird, einzusehen und zu unterschreiben. Er verpflichtet sich durch die Unterschrift zu unbedingter Anerkennung und genauer Beachtung der Arbeits-Ordnung. Hier liegt nun der Hase im Pfeffer, denn schwerlich dürfte sich der Prinzipal auf den Tarif stützen, wenn er ein Mittel in der Hand hat, den Arbeiter sonst unterzukriegen. Da wird der Gezer bestraft, bei falschem Ausschließen mit 25 Pfg., wenn die Form bereits geschlossen; mit 50 Pfg., wenn der Fehler erst bei der Revision bemerkt wird, mit 1 Mk. wenn es sich um Mißformen handelt. Wie sehr hat man gerührt, daß die Prinzipale der Verbandszugehörigkeit nichts mehr in den Berg legen wollen, ja eine förmliche Jubelhymne wurde angestimmt, daß wir nun wieder mit dem Corr. in die Druckerel dürfen, was sagt aber § 16 beregter Arbeits-Ordnung? „Das Ein sammeln von Geldern zu irgend welchem Zwecke während der Arbeitszeit, desgleichen das Verbreiten von Zirkularen und Zeitungen innerhalb der Geschäftsräume ist verboten und kann die sofortige Entlassung nach sich ziehen.“ Wären also die Prinzipale der Innung aufrichtig, müßten sie gleich nach der bekannten Gamade derartige Bestimmungen, lasiren; mit nichten! Man gibt sie vielmehr jetzt noch, nach dem definitiven Ab-

schlusse der Verhandlungen den Gehilfen in die Hand. Nun hat man ja gerade uns Druckern recht sehr angelegentlich empfohlen, den § 34 für uns zu fruchtbar zu machen, allein was nützt das, wenn die Möglichkeit vorliegt, solche Bestimmungen über den Haufen zu werfen. Der § 21 in Rede stehender Geschäfts-Ordnung jagt nämlich: „Der Drucker ist für ordnungsgemäße Ausführungen der ihm übertragenen Arbeiten verantwortlich. Er hat für den Schaden aufzukommen, der dem Prinzipale durch zweckwidriges Handeln beim Schließen der Form und bei der Zurichtung entsteht; wie auch für die Mafkulatur, welche infolge verkehrten Umfchlages, fehlerhafter Anlage, falschen Formates, unrichtigen Einlebens von Figuren bezw. Buchstaben, unregelmäßiger Färbung, kurz jährlicher Gebahrens bei Erzielung der Arbeit entsteht.“ Nun herrscht die Verpflogtheit, daß der Maschinenmeister durchgängig zwei Maschinen zu bedienen hat, die Arbeit wird nicht unter seiner uneingeschränkten Aufsicht hergestellt, es kann also der Fall eintreten, daß die Arbeit unbrauchbar wird, vielleicht durch unregelmäßige Färbung oder sonstige Vorkommnisse, die sich vollziehen während des Bedienens der zweiten Maschine, das wußten und wissen die Weisen von der Innung sehr genau und der Gehilfe, der meint, sich auf den Tarif berufen zu können, ist auf dem Holzwege, denn durch Anerkennung und genaue Beachtung solcher Bestimmungen wird dem Tarif ein Schnippen geschlagen, denn sie greifen weit in das Gebiet des Tarifs hinein. Schwerlich wird auch das Tarifschiedsgericht an dieser Thatsache etwas ändern, denn wie oft wurde uns nicht schon das Hoppel von Herrn im Hause vorgelesen und man wird nicht ermangeln, dies zu wiederholen. Hieraus geht aber auch zur Evidenz hervor, daß dort, wo der Geldbeutel einen Verlust zu erleiden scheint, der Arbeitgeber sich nicht scheut, das Gesetz, in unserm Fall also den Tarif, zu umgehen, eine der beiden Seelen, die in seiner Brust wohnen, herauszutreiben, je nach Gutdünken oder richtiger Bortel kann „man“ da oder dort darauf setzen, der Gehilfe mag sehen wie er sich in diesem Zerwege zurechtfindet; verkauft er sich, um so besser, man hat nebenher noch die Gewähre, gerecht zu erscheinen. Damit soll nun keineswegs einem leichtsinnigen Arbeiter das Wort geredet sein, allein es soll auch Front gemacht werden gegen einen Mißbrauch der Gewerbe-Ordnung. Bei einer etwa stattfindenden Maschinenmeister-Konferenz dürfte vielleicht auch diese Materie mit ins Auge zu fassen sein, denn während für die Gezer die Geschäfts-Ordnungen wohl kaum ins Gewicht fallen, treffen sie uns in vollem Maß und sind auch meist auf das Maschinenpersonal zugeschnitten. Dazu kommt noch, daß der Drucker mit allen möglichen und unmöglichen Apparaten in neuerer Zeit thatächlich überlastet wird (ohne etwa ein Feld von zweckentfremdeten Neuerungen zu sein), so daß in vielen Druckerellen, hauptsächlich dort wo Werk gedruckt wird, seine Vorrichtungen rein mechanisch werden — versuchen wir also auch hier Remedur zu schaffen. H. M.

Ursache und Wirkung.

Eine neue Aera ist im neunzehnten Jahrhundert für die Arbeiter hereingebrochen, das Morgenrot einer bessern Zeit schimmert uns entgegen, mit Feuererfer finden wir die Idealität Schwachen aller Nationen an der Arbeit, die Ideale der Unterdrückten vergangener Zeiten allmählich zu verwirklichen. In politischen und gewerkschaftlichen Organisationen finden wir sie vereint, um das Minimum desjenigen herauszuschlagen, was eben zum Leben notwendig ist. Während fast alle übrigen Organisationen eigentlich noch im Werden begriffen sind, haben wir schon über die Hälfte unserer Berufsgenossen gewonnen. Während andere ihren idealen Standpunkt betonen und Mitglieder zu gewinnen suchen, fängt man bei uns an, Leute, die ihre Pflicht erfüllen, ihre Ueberzeugung verfechten und für das Wohl der arbeitenden Klassen thätig sind, abzustößen.

Eine Arbeiterorganisation, die auf ihre Fahne das Prinzip der Gleichberechtigung geschrieben hat, fängt an, zu Unterdrückungsmahregeln zu greifen. Ein Geist der Uebergelegenheit, Raubet und Antioffigkeit herrscht unter einem großen Teil ihrer Mitglieder. Wieder sind es die „Autoritäten“, welche die Ohnmacht der Schwachen bespötteln und sich am Ruher erhalten wollen. Wie immer, so werden auch jetzt wieder Gründe gefunden, um die schreiensten Ungerechtigkeiten zu rechtfertigen. „Im Namen der Disziplin“ werden Verbote erlassen, die B.-B. zu lesen und zu verbreiten, „im Namen der Disziplin“ wird ausgeschlossen, wer dagegen handelt; es fehlt nur noch die Konsequenz: „Im Namen der Disziplin“ dürfen die Mitglieder überhaupt keine eigene Meinung mehr haben. Auch diesmal sind noch genug Leute vorhanden, die das Entwürdigende dieser Maßnahmen noch für recht und billig halten. Wann wird denn endlich die Zeit kommen, wo sämtliche Kollegen einsehen, daß die Führer doch auch nichts mehr sind als gemeine Soldaten? Man muß sich doch unwillkürlich fragen, sind wir des Vorstands wegen oder ist derselbe unersetzlich wegen da? Verleihen wir die letzten unklaren Ergebnisse innerhalb unrer Organisation mit den Handlungen aller Nachhaber in der Geschichte, dann kommen wir zu dem Schlusse: Jede Vereintigung, selbst wenn sie die idealen Ziele hat, für die Befreiung der arbeitenden Klasse kämpft, fängt an zu verfluchen, sobald einem Mitgliede

mehr Rechte eingeräumt werden als den übrigen. Hoherhaben dünken sich die Bevorzurechten, jedes Unrecht zeugt eine künstliche Autorität und jede Autorität leidet an mehr oder minder großem Größenwahne. Diese Autoritäten sind es immer gewesen, die jede Erziehungskraft in ihrem persönlichen Interesse ausnützen und eine gute Sache diskreditieren. Stets haben sie es verstanden, ihre Machtmittel zur Verfolgung Andersdenkender spielen zu lassen. Gerade hier ist der Angelpunkt. Immer hat man es für notwendig befunden, Beamte unserer Organisation auf Delegierten-, Gau- und Generalversammlungen zu senden. Wer will es diesen dann verargen, daß sie allmählich glauben, sie allein wären der Verband? Wünscht ein Mitglied die Beseitigung des jetzigen Zentralvorstandes, dann sucht er den ganzen Verband zu zersplittern. Der Autoritätenglaube ist das schädlichste, was dem Menschen anhaftet. Nur die Errichtung unserer Organisation auf breiterer demokratischer Grundlage kann es verhindern, daß unsere idealen Bestrebungen in das Gegenteil ausfallen. Wir wollen keine einer realistischen Körperschaft gehörende Individuen, sondern selbstständig denkende und handelnde Menschen erziehen. Pflicht eines Jeden ist es, vorhandene Mißstände zu rügen, unrecht handelnde Generalversammlungen dementsprechend zu kritisieren und zu beurteilen. Wer versucht, diese Rechte zu beschneiden oder gar abzuschaffen, verflucht sich an den Grundstößen der modernen Arbeiterbewegung. Alles, was eine Kritik nicht vertragen kann, ist unter aller Kritik.

Der Bruderzwist innerhalb unseres Verbandes kann nur dadurch beseitigt werden, daß beide Richtungen anfangen, sich ernstlich zu bemühen, den Ursachen nachzugehen und diese aus dem Wege zu räumen. Stets ist es das Verhalten der vom Glücke Begünstigten gewesen, sie waren es, welche von ihren Vorrechten nicht lassen wollten. Ustehen wir uns offen, auch in unserm Falle sind es die amtierenden Personen gewesen, welche ihre Zeit nicht begriffen haben, die uns Gegenstände aufzutrotzieren wollen, von deren Nützlichkeit ein gut Teil der Mitglieder nicht überzeugt ist. Eine Hauptursache ist unser Statut, das einem demokratischen Wirtschaftssysteme nicht mehr genügt. Mit Energie müssen wir eine Agitation ins Werk setzen, daß von jetzt ab die Sache von der Person getrennt wird, daß wir keine lieben Kollegen mehr in Gau- und Generalversammlungen senden, sondern Leute, die von ihren Vätern verpflichtet werden, so und nicht anders zu handeln. Die Kardinalforderung wird aber, um den amtierenden Personen die Macht befugnisse zu nehmen, vor allen Dingen die Urabstimmung in Bezug auf Abänderung des Statuts wie des Tarifs sein. Und das ist unseren jetzigen Führern geradezu ein Greuel. Sagte doch Herr Döblin auf der Generalversammlung: „Eine Abänderung des Statuts empfiehlt sich nicht.“ (Seite 184 des Protokolls). Genau so, wie despotische Regierungen über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts denken. Dieselben haben ja auch ähnliche Ausreden wie Herr Döblin: „Es gibt so viele Interner, die können wir nicht preisgeben.“ Wahrscheinlich, Herr Döblin hat bei Laasche Schule gemacht. Derselbe sorgte für des Volkes Wohl dadurch, daß er das allgemeine Wahlrecht nicht empfahl. „In verwidelten Fragen ist die Urabstimmung der größte Mittel.“ Auch eine Döblinsche Behauptung. Ganz genau so argumentieren reaktionäre Politiker, die dem Volke seine Rechte vorenthalten wollen. „Wenn man vorartige Fragen (in Bezug auf Tarifvereinbarungen) der Urabstimmung unterbreite, so würde man auch keineswegs das demokratische Prinzip vertreten, sondern es könnten dadurch unter Umständen Beschlässe gezeugt werden, die kaum dem Interesse der Organisation dienen.“ Wirklich zu lesen im Protokoll auf Seite 184. Wenn im preussischen Landtag ein konservativer Herr eine ähnliche Äußerung gethan hätte, dann könnte man mit Recht sagen, von dieser Seite wird für die Rechte des Volkes nichts geschehen. Der Umstand aber, daß es der Zentralvorstand einer Arbeiterorganisation gefast hat, genügt noch Mitgliedern, um in ihm einen würdigen Gewerkschaftsführer zu erblicken. Für was kämpfen wir denn eigentlich? Wir kämpfen für die Aufhebung der Klassenherrschaft. Wie aber obige Äußerungen mit den Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung in Einklang zu bringen sind, das wird ein gewöhnlicher Sterblicher nicht zu fassen vermögen.

Solches wird aber immer denjenigen geboten, die unsere Spitzen fast in den Himmel gehoben haben. Das sind die Früchte des ewigen Autoritätenglaubens. Wir sind für unsere erklärt, unsere Angelegenheiten zu ordnen. Hier haben wir wieder einen Beweis, daß Ideale und Ziele gefährdet und diskreditiert werden, sobald man Autoritäten gewähren läßt. Aus den Unterdrückten werden Unterdrücker, solange sich noch die Gelegenheit dazu bietet. Räumen wir diese Gelegenheiten weg, machen wir ernstlich Mühe, die maßgebende Gewalt der Allgemeinheit zu übergeben, der sich dann der Einzelne zu fügen hat. Kämpfen wir weiter für unsere Ideale und sorgen wir in Zukunft dafür, daß für Vertrauensposten nur Leute in Frage kommen, die denken wie die ärmsten der Proletarier, welche ihr ganzes Ich für die Gewerkschaft opfern. Lernen wir aus der Vergangenheit und seien wir befreit, alles dasjenige von der Organisation fernzuhalten, wovon aus früheren Kulturankläufen Unterdrückungs-Institute geworden sind. Mögen aber auch unsere Spitzen bedenken, daß daß nur daß

erzeugt, daß sie die Opposition etwas anfändiger bekämpfen als gegenwärtig. Noch nie konnte eine neue Geistesrichtung durch Gewaltmittel unterdrückt werden und der innere Haß der zu gleichen Zielen vereinigten Menschen verliert an Festigkeit, sobald die Allgemeinheit in ihren eigenen Angelegenheiten nicht mehr maßgebend ist. In diesem Satz ist alles gesagt. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr allzufern, in der wieder Friede in der Verbandsfamilie herrscht und wir in Eintracht weiter wirken können zum Wohle des Gewerkschafts.

Hannover. W. Gegenheimer.
(„Selam aleika!“ D. Reb.)

Zur Tarisbewegung.

Hierüber liegen uns zur Zeit folgende Mitteilungen vor:

Düsseldorf, 15. November. Die von ungefähr zweihundert Kollegen besuchte heutige allgemeine Buchdrucker-Versammlung im Hotel Faghauser nahm, nachdem Kollege Eißler referiert hatte, folgende Resolution einstimmig an: „Die Teilnehmer der heute im Lokale Faghauser tagenden allgemeinen Buchdrucker-Versammlung verpflichten sich, mit allen in ihrer Kraft stehenden Mitteln für Einführung des Tarifs Sorge zu tragen und zwar in der Weise, daß sie im Laufe dieser Woche bei den Prinzipalen vorstellig werden dahin, ob die Prinzipale den zwischen Prinzipalen und Gehilfen vereinbarten 1896er Tarif anerkennen wollen. Da, wo dieses verneint wird, soll es durch das äußerste Mittel der Kündigung am 21. d. M. zu erreichen verucht werden.“ Die hierauf erfolgte namentliche Abstimmung ergab die Vertretung fast sämtlicher Düsseldorfischer Buchdrucker mit Ausnahme des Generalanzeigers.

G.-Y. Lüdenscheid. Am Sonntage dem 15. d. M. fand hier eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, die leider nur sehr schwach besucht war. In derselben referierte Kollege A. Wetters-Barman über das Thema: „Die Einführung des 1896er Tarifs in Rheinland-Westfalen.“ In seiner einstündigen Rede führte Kollege A. Wetters in höchst sachlicher und anschaulicher Weise den Zuhörern die gegenwärtige Situation im Buchdruckergewerbe vor Augen und schloß mit einem warmen Appell an die Nichtmitglieder seine oft durch stürmischen Beifall unterbrochene Rede. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung spricht die Hoffnung aus, daß die Lüdenscheider und Altknaer Kollegen voll und ganz für die Forderungen des neuen Tarifs eintreten werden und empfindlich denselben zur eventuellen Durchführung den passiven Widerstand, erwartet jedoch, daß sie auch vor der Kündigung nicht zurücktreten.“

Oberhausen, 18. November. Gestern Abend fand hier eine von fast sämtlichen hiesigen Kollegen besuchte Versammlung statt. Der Gehilfenvertreter des Kreises II, Herr Bettennoorth-Essen, referierte in längerer, begeistert aufgenommenen Ausführungen über die Einführung des Tarifs in Rheinland-Westfalen. Einstimmig wurde beschlossen, mit ganzer Kraft für die Erreichung dieses Ziels einzutreten. Die anwesenden fünf Nichtmitglieder melbten sich sofort zum Beitritt.

S. Wesselscheid. Allgemeine Buchdrucker-Versammlung am 16. November. Die Versammlung war von Nichtmitgliedern ziemlich gut besucht, die Mitglieder nahezu vollständig erschienen. Das Bureau setzte sich nach erfolgter Wahl aus den Kollegen Freis, Heyer und Stahl zusammen. Es wurde bedauert, daß gerade von den Druckerzeilen, in denen die schlimmsten Zustände herrschen, es nicht ein einziger Kollege der Mühe wert gefunden hätte, zu erscheinen. Hierauf ergriß Gauvorsitzender Müller das Wort und verbreitete sich in einständiger klarer Rede über den ersten Punkt der Tagesordnung: Die Einführung des 1896er Tarifs in Rheinland-Westfalen. Der Referent kam im Laufe seines sehr eingehenden und sachlichen Referats auch auf eine Statistik über die Einführung des neuen Tarifs in den einzelnen Gauen zu sprechen. Rheinland-Westfalen sei mit der Ziffer 18 vertreten. Der Hauptgrund sei darin zu suchen, daß der Verband hier nicht die Macht in dem Maße wie anderwärts hätte. „Wenn Sie den Verband nicht hätten, würden Sie dem Tarife auch nicht einfließen“, habe Bachem-Rölln auf der Generalversammlung des D. B. B. in Bremen gesagt. „Es liegt daher ganz in Händen der Gehilfen, dem Tarife zum Durchbruche zu verhelfen. Die Prinzipale warten ithätlich nur auf die Anfrage seitens ihrer Arbeiter. Gegen bodenleige Prinzipale solle man am 21. November von dem gesetzlichen Rechte der Kündigung Gebrauch machen. Es bedürfe nur einer Stunde Einigkeit, dann wäre der Sieg unser. Die öffentliche Meinung sowie die bürgerliche Presse sei auf unserer Seite, da die tarifstreuen Prinzipale das größte Interesse daran hätten, daß der Tarif verallgemeinert werde. Unseren Arbeitgebern sei jeder Rückhalt genommen, wer den Tarif nicht anerkenne, der falle unter das Gesetz des „unlauteren Wettbewerbs“ und sei danach zu behandeln. Zum Schlusse forderte Referent zum geschlossenen Vorgehen auf; der Sieg müsse ein werden. — In der sich anschließenden Diskussion traten verschiedene Redner warm für unsere Forderungen ein. Unsere Pflicht ist es, geschloßen und energisch vorzugehen. Aus Mitgliedern und Nichtmitgliedern (Epe, Freis, Heyer, Dirkes) wurde eine Kommission gewählt, die in Bälde vorstellig werden soll; es ist auch nicht zu verkennen,

daß wir selbst den uns noch einigermaßen gutgesinnten Prinzipalen gegenüber einen schweren Stand haben. Sie berufen sich, was ja selbstverständlich ist, auf die Konkurrenz. Die Zieglerische Drucker steht da oben an. Unsere Mitglieder wurden dort herausgedrängt und da glaubt der Herr nun, wirtschaften zu können wie es ihm beliebt. Wenn die Kommission dort nichts ausrichtet, werden wir alle Habel in Bewegung setzen müssen, um in dieser Druckerel geordnete tarifliche Verhältnisse herbeizuführen. — Im Laufe dieser Woche findet noch eine allgemeine Versammlung statt, die die Berichte der Kommission entgegennehmen und über einen, wenn möglich letzten Versuch zu beraten hat.

-b. Ruhrort, 18. November. Der einzige Punkt der Tagesordnung der am Montagabend abgehaltenen allgemeinen Buchdrucker-Versammlung: Die Einführung des neuen Tarifs in Rheinland-Westfalen, hatte seine Zugkraft bewiesen, denn beinahe sämtliche Kollegen von Ruhrort und Weidert hatten der Einladung Folge geleistet, um dem Referat unser Kollege Helms-Steels zu lauschen. In trefflicher Weise erlebte derselbe sich seines Auftrages. Zunächst streifte Kollege Helms die Frühjahrsbewegung, erinnerte an die Begeisterung, von der auch die Kollegen von Rheinland-Westfalen ergriffen worden waren und sprach die Erwartung aus, daß die Kollegenschaft auch heute noch von derselben getragen werde. Sodann hob der Referent hervor, daß bereits in ganz Deutschland, mit Ausnahme Rheinland-Westfalens und Posen, der neue Tarif eingeführt sei, und wie bisher immer, so beharrten auch diesmal die Prinzipale Rheinland-Westfalens auf ihrem Sonderstandpunkt. Auch jetzt werde uns die neunzehnhundertjährige Arbeitszeit vorenthalten und das Ansehen eines tariflichen Minimums von 18 M. an die Kollegen gestellt. Redner erwartete von den Kollegen, daß sie einmütig und energisch diesen Sondertarif zurückweisen; die Kollegenschaft von Rheinland-Westfalen stelle sich vielmehr auf den Boden des allgemeinen deutschen Buchdrucker-Tarifs und müsse sich gegebenen Falles denselben erkämpfen. Nachdem der Referent noch die Erwartung ausgesprochen, daß speziell in Ruhrort und Weidert, wo fast nur Mitglieder ständen, ein einmütiges Vorgehen erfolgen werde, da uns dann der Sieg sicher sei, schloß er seine treffliche und zündende Rede, wofür ihm der Vorsitzende den Dank der Versammlung aussprach. Eine eingelaufene Resolution, worin sich die Kollegen verpflichteten, von ihren Prinzipalen den neuen Tarif zu fordern, abzulehnen Falls die Kündigung einzutreten, wurde nach lebhafter Debatte in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen. Nachdem noch die Kommissionen, die vorstellig werden sollten, gewählt waren, schloß der Vorsitzende die äußerst anregende und zu den besten Hoffnungen auf die Bewilligung unserer gerechten Forderung berechtigende Versammlung.

Korrespondenzen.

Aichersleben. Am 8. November fand hier selbst im „Katharopfe“ die zweite diesjährige Bezirksversammlung des Bezirks Halberstadt statt, zu welcher 109 Mitglieder und 2 Nichtmitglieder erschienen waren. Nachdem das Protokoll der vorigen Bezirksversammlung verlesen war, ergriß der zu dieser Versammlung erschienene Vorsitzende des Zentralvorstandes, Herr Döblin, das Wort, um sich des Näheren über die neue Tarifgemeinschaft zu verbreiten. Kollege Döblin führte aus, daß die f. B. geherrschte übergroße Konditionslosigkeit und andere missliche Umstände dazu gedrängt hätten, etwas Neues und Besseres zu schaffen und zwar auf friedlichem Wege. Wenn gleich nun auch der geschaffene neue Tarif nicht allen Erwartungen entspräche, so sei man doch thatsächlich einen Schritt vorwärts gekommen und Pflicht der Mitglieder sei es, nach Kräften für das Geschaffene einzutreten, dem Tarife nach Möglichkeit Geltung zu verschaffen, und nicht in zweckloser, der Einigkeit gefährdender Opposition zu verharren, sühre doch dieselbe durch ihre der Sachlichkeit meistens entbehrende Schärfe nachgerade dahin, vielen Kollegen das Vereinstreten gänzlich zu verleben und sie zu veranlassen, dem Verbande den Rücken zu kehren. Wie Herr Döblin in der Einleitung seines gediegenen Vortrags äußerte, er sei nach Aichersleben gekommen, um auch hier noch bestehende Irrtümer aufzuklären, so ist dies ihm auch in vollem Maße gelungen. Keiner Weisheit lohnte seinen Ausführungen. Gegen die zutreffenden Ausführungen Döblins wendete sich der mitanwesende Kollege Tanneberger-Velpzig, indem er sagte, daß die Tarifgemeinschaft nur aus dem Papier, in der Wirklichkeit aber nicht bestände, dennoch rechne er mit dem Thatsächlichen und sei dafür, daß dem nun einmal geschaffenen Tarife Geltung verschafft werde. Den Ausschluß Gewerkschaften und Genossen anlangend, stellt er denselben als ein Unrecht und einen Mißgriff der Machtbefugnisse des Zentralvorstandes hin, durch welche Maßnahmen der Vorstand die jetzt herrschende Opposition erst recht herborgerufen habe; persönlich sei ihm Wagh nicht sympathisch, aber a. Kampfgenosse für das Recht sei er ihm willkommen. Weiter wandte sich gegen die Tarifgemeinschaft Kollege Berg-Halberstadt und suchte den Anwesenden die Schäden derselben vor Augen zu führen. Den Ausschluß Gewerkschaften und Genossen hält Redner gleichfalls für Unrecht. Das Vereinstreten seiner Ausführungen war, daß er sich als Mittherausgeber der B. W. bezeichneter und konsequenterweise auch seinen Ausschluß verlangte, was einige Heiterkeit hervorrief. Mit der

Schreibweise der B. B. ist er aber in vielen Fällen nicht einverstanden. Kollege Döblin wandte sich dann noch einmal gegen die Ausführungen der beiden Vorredner, bezeichnete u. a. die Opposition als eine Wunde am Körper des Verbandes, die aus demselben herausgeschliffen werden müsse, erwähnte wiederholt dringend zur Einigkeit und besonte schließlich mit Entschiedenheit, daß der Ausschluß Gajch und Genossen solange aufrecht erhalten werden würde, bis die betreffenden Herren ihr Unrecht eingesehen hätten, da sich doch selbstredend jedes Mitglied den Beschlüssen der Generalversammlung, als unser höchsten und letzten Instanz, fügen müsse. (Großer Beifall.) Darauf trat die Mittagspause ein. Bevor wieder in die Tagesordnung eingetreten wurde, verlas der Bezirksvorsitzende ein inzwischener eingelaufenes Glückwunsch-Telegramm von dem früher hier konditionierenden Kollegen Lamprecht-Pirna, das mit vielem Beifall aufgenommen wurde. Dann ergriff unser Gauvorsteher, Kollege Chemnitz, das Wort und wußte sich in längerer Rede gegen die Bestrebungen der Opposition: Wenn auch manchem der Tact in seiner jetzigen Form nicht gefalle, so solle doch jeder Kollege nach Kräften für die Einführung desselben eintreten und jede Opposition ruhen lassen, welche doch nur unserer Organisation zum Schaden gereiche. Durch die Einführung der Tarifgemeinschaft hätten wir die neunzehnhalfstündige Arbeitszeit erhalten und damit das Zehnstunden-Vollwerk durchbrochen. Redner beleuchtete dann noch die Art und Weise des Arbeitens der Opposition daran, daß er die Thatfache konstatierte, daß am heutigen Tag in einigen Lokalen heißer Stadt am Westlich Unter- schritten zu Gunsten der „Friedens-Resolution“ gesammelt worden, daß auch verschiedene Kollegen in der Uebereilung und ohne nähere Prüfung ihre Unterschrift gegeben, dieselbe aber nachträglich von mehreren wieder zurückgezogen worden sei. Für die Tarifgemeinschaft erklärten sich dann schließlich noch in kürzerer Rede die Kollegen Franz-Bernburg, Witte-Cöthen, wengeltlich sich letzterer mit dem Ausschusse von Gajch und Genossen nicht befremden kann. Nachdem Kollege Tanneberger noch einmal dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß es angezeit erscheine, wenn die Opposition nicht nur einer, sondern man beiderseits auslöse, sich zu bekämpfen, erhielt Kollege Döblin das Wort und betonte, daß die Interessen des Verbandes nur durch festes Zusammenhalten gefördert werden könnten; aus der gegenwärtigen Situation gäben nur die Feinde des Verbandes, wie der Gütenberg-Bund usw., Nutzen. Hierauf wurde eine vom Kollegen Franz-Bernburg eingebrachte Resolution, welche dem Central-Vorstande für alle getroffenen Maßnahmen ihr volles Vertrauen ausdrückt, angenommen. Eine Resolution, von Kollege Berg-Halbrieth eingebracht, wurde abgelehnt. Darauf kamen die Berichte des Bezirks-Vorsteher und Bezirks-Kassierers zur Verlesung. Bei letzterem wurde der Antrag gestellt, die bis jetzt erhobene Extrafsteuer von 5 Pfg. pro Woche zum Zwecke der Gewährung freier Reise der Kollegen nach den Orten der Bezirks-Versammlungen am Schlusse dieses Jahres aufzuheben, welcher Antrag zum Beschluß erhoben wurde. Bei Punkt 5 der Tagesordnung „Ortliche Angelegenheiten bzw. Tarifangelegenheiten“ entspann sich eine längere Debatte, woraus sich ergab, daß es mit der Tarifführung in unserm Bezirke schlecht bestellt sei, denn in nur wenigen Druckereien gelangte derselbe bis jetzt zur Einführung. Kollege Döblin bemerkte noch dazu, daß er nach seinen Informationen die Verhältnisse im Bezirk allerdings als betrübend bezeichnen müsse; dennoch müsse es seine Aufgabe der Ortsvereine bleiben, eine Besserung anzustreben, jedenfalls würde in nächster Zeit schon einmal ein Vorstoß gemacht werden müssen, wenn man sich auch über das „Wie“ heute noch nicht klar sei. Das Beirungswesen steht, wie so vielerorts auch in unserm Bezirk in schönster Blüte. Ueber die Mittel und Wege, wie dem wohl zu steuern sei, wurden zwar verschiedene Vorschläge laut, von deren Durchführbarkeit versprach man sich im großen und ganzen aber nur wenig. Es wurde jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, Eltern und Erziehern richtige Belehrung zu erteilen und sich an Thatfachen haltende Auskünfte über Lohns- und andere Verhältnisse zu geben, und so auf diese Weise vielleicht etwas dazu beizutragen, daß dem Buchdruckergewerbe nicht so viel Lehrlinge zugeführt werden. Nicht deutlich konnte man sehen, daß die Großstadt-Kollegen die Verhältnisse in der Provinz ganz falsch beurteilen, denn Kollege Tanneberger war sprachlos vor Staunen, als die Vertrauensleute der einzelnen Druckorte ihre Berichte erstatteten, und sicher ist Kollege Tanneberger mit einer ganz andern Meinung über die Provinz nach Leipzig zurückgekehrt als er hergekommen ist. Als nächster Ort der Bezirks-Versammlung wurde Berngerode bestimmt. Nachdem festgestellt war, daß in verschiedenen Orten des Bezirkes der Corr. laut Gaugatsbeschlusse noch nicht obligatorisch eingeführt sei, wurden diese Orte aufgefodert, das Obligatorium schnellstens durchzuführen. Mit einem kräftigen Gock auf dem Verband wurde die äußerst interessante Versammlung abends 6 1/2 Uhr geschlossen. Nach der Versammlung blieb noch ein Teil der besten und auswärtigen Kollegen einige Stunden in fröhlicher Stimmung beisammen. — Da zur Zeit viel die Rede vom Reichspräsidenten Döblin ist, noch die Mitteilung, daß unser Bezirksvorstand auf ausdrücklichen Wunsch der Frühjahrsversammlung den Kollegen Döblin eingeladen hatte.

B. Berlin. (Berichtsbericht vom 11. November.) Unter Vereinsmitteilungen gab der Vorsitzende bekannt,

daß sich um die ausgeführten Verwalterstellen außer den bisherigen Inhabern derselben niemand gemeldet habe. Als Kandidaten für die Verwalterwahl werden daher die Kollegen Stolle und Bestel wieder aufgestellt. — Hierauf kam die in voriger Versammlung betragte Mahregelungsangelegenheit des Kollegen Franz Walthers aus der Druckerei Baensch zur Sprache. Der Vorstand habe nach mehrmaliger Unternehmung der Angelegenheit eine Mahregelung in der Entlassung nicht herausfinden können. Bei der Entlassung handle es sich um rein persönliche Zustimmungen mit dem befreundeten Faktor. Als Hauptgrund der Entlassung wurde seitens der Geschäftsleitung die Mitteilung im Corr., daß zur Herstellung der Zeitung R-form auswärtige Kräfte herangezogen wurden, ins Feld geführt. Als Angeber dieser Mitteilung vermutete man B., und da dieselbe, wie sich auch eine Vorstands-Kommission überzeugt habe, auf Unwahrheit beruhe, so erfolgte die Entlassung. Kollege Walthers bestritt zunächst dem Vorstande, die Mitteilung (Heranziehung von auswärtigen Kollegen) gemacht zu haben; er will gesagt haben, daß fremde Kollegen (außerhalb der Druckerei stehende) eingestellt wurden. Im übrigen führe er seine Entlassung auf seine Thätigkeit für den Verband in der Druckerei zurück. Der Faktor soll ihm wiederholt nahe gelegt haben, aus dem Verband auszutreten, was er entschieden zurückgewiesen haben will. Er betrachte sich als gemahregelt. Seitens des Vorstandes wurde nochmals hervorgehoben, daß aus dieser Entlassung keine Mahregelung konstruiert werden könne; es wurde festgesetzt, daß B. bei verschiedenen Anlässen von seinem Zeitgeber Freund (Faktor Sigold) bevorzugt wurde. Auch gesteht er der Geschäftsleitung nicht, daß B. sich um die Meteorstelle an eine andere Stelle gewandt habe. Weitere Redner traten für die Mahregelungsunterstützung ein. Schließlich wurde der Vorstand beauftragt, die Unterstüpfung beim Hauptvorstande zu beantragen. — Nach einer Mitteilung des Kollegen Reichmann im Namen der Vergütungskommission wird das diesjährige Sitzungsfest am Sonnabend dem 5. Dezember in gewohnter Weise als Herrenkommers gefeiert und zwar in den gesamten Räumen der Brauerei Friedrichshain (Bsp.). Zum Arrangement des Festes werden der Kommission 600 Mk. bewilligt. — Zum zweiten Punkte der Tagesordnung erhielt Kollege Arendsee das Wort zur Begründung seines Antrages zu § 6 Ziffer 1 des Vereinsstatutes (Wahl des Vorstandes). Während jetzt die Wahlen per Abstimmung in den Druckereien vollzogen und die Stimmzettel couvertiert mit der Aufschrift der betreffenden Person versehen zur Auszählung eingesandt werden, fordert Arendsee in seinem Antrage persönliche Abgabe der Stimmzettel an einem bestimmten Sonntag im Monat Dezember. Der Antragsteller führte aus, daß die letzten Vorkommnisse eine Aenderung der bisherigen statutarischen Bestimmungen nötig machten. So demokratisch auch die bisherige Urabstimmung gewesen sei, besteihe sie doch nur zum Schaden des größten Teiles der Kollegen, denn die jetzige Tarifgemeinschaft wäre auch nur infolge dieser Urabstimmung (Wahl der Delegierten zur Generalversammlung) zu Stande gekommen. Gestützt auf Grund des jetzigen Wahlmodus habe der Vorstand die Beschlüsse einer großen Vereinsversammlung (Zurücknahme der Ausschüsse betreffend) nicht geglaubt ausführen zu brauchen, denn man war sicher, von den sich um nichts bekümmern den Kollegen wieder gewählt zu werden. Es müsse den Kollegen, welche sich lebhaft an den Vereinsangelegenheiten, auch ein größerer Einfluß zugestanden werden, indem der Schwerpunkt auch in solchen Fragen, welche eine Urabstimmung bedingen, in die Versammlungen verlegt werde. Er wolle niemand das Wahlrecht verfeinern, diejenigen Kollegen, welche sich nie in Vereinsversammlungen bilden ließen und die nicht soviel Interesse besäßen, um persönlich an der Wahlurne zu erscheinen, hätten es sich selbst zuzuschreiben, wenn ihre eignen Ansichten dann nicht zur Geltung kommen. Von den Kollegen Stöbel, Bachs, Raßmann und Streckert wurde der Antrag bekämpft. Die Ausführungen gingen ungefähr dahin, daß der Antrag nicht neu, sondern ein alter Ahasenbühler sei. In den Jahren 1889 und 1892 wurde nach dem jetzt einzuführenden Wahlmodus gewählt, jedoch kam man wegen zu schwacher Beteiligung auch sofort wieder davon ab. Besonders kommen hierbei die Berliner Verhältnisse, weite Wege usw., in Betracht. Man ist dem Antragsteller für seine Aufrichtigkeit sehr dankbar, will er doch die Zahl der Teilnehmenden erheblich beschränken, denn nicht jedem sei es möglich, an einer Urnenwahl teilzunehmen. Von den alten Kollegen erhebe man die vollen Beiträge, wolle ihnen aber allerdings Beschwerden auferlegen. Bis jetzt habe man wahrgenommen, daß die Urabstimmungen immer mehr verallgemeinert und so bequem wie möglich eingerichtet werden sollen, heute werde man von einem Manne, der auch in der politischen Bewegung eine Rolle spielen will, eines andern belehrt. Die Absicht sei aber sehr durchsichtig, es kam heute wiederholt zum Ausdruck: man glaube gewisse Bestrebungen mehr zum Durchbruche bringen zu können. Es müsse ferner konstatiert werden, daß sich der Antragsteller im direkten Widerspruch mit dem „geistigen Leiter“ der Opposition befände. Während derselbe in seinem Organe stets hervorhebt, daß bei einer Urabstimmung die Tarifgemeinschaft nicht zu Stande kommen wäre, höre man heute das Gegenteil. Bei jeder Gelegenheit wird das demokratische Prinzip hervorgehoben, der gestellte Antrag bringe aber eine Verletzung desselben mit sich. Außerdem seien auch nach dem Antrag

alle Restanten, deren Zahl eine hohe ist, ausgeschlossen. Redner wolle das demokratische Prinzip nicht mit Fäulnis treiben und wolle gegen den Antrag stimmen. Die Kollegen Dittmann, Michaelis, Bartsch u. a. bekräftigten den Antrag. Sie bezeichneten die Druckerwahl schon aus dem Grunde für unhaltbar, weil nach ihrer Ansicht von einer geheimen Wahl in der Regel keine Rede sei. Man könne nicht einsehen, wo hier das demokratische Prinzip verletzt werde. Es sei doch, ebenso wie bei der Reichstagswahl, jedem Kollegen Gelegenheit geboten, an der Wahlurne zu erscheinen. Der jetzige Vorstand habe seine letzte Wiederwahl nur Kollegen zu verdanken, welche an dem Vereinsleben nicht teilnahmen. Um keinen von der Wahl auszuschließen, brachte Michaelis den Zusatzantrag ein, wonach jeder, der bis zu sechs Wochen Beitrag restiere, an der Wahl teilzunehmen berechtigt sein soll. Um Mißverständnissen, welche in der Debatte hervorgerufen sind, vorzubeugen, erklärte der Vorsitzende, daß bei Annahme des Antrages das neue Statut mit dem 1. Januar 1897 in Kraft trete, die nächstens vorzunehmende Wahl für das nächste Geschäftsjahr jedoch noch nach dem bis zum 31. Dezember 1896 geltenden Statut vollzogen werden müsse. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages Arendsee mit dem Zusatzantrage Michaelis mit 160 gegen 68 Stimmen. — Die Wahlkommission ersuchte um endliche Beratung ihres schon dreimal vertagten Antrages auf Geldbewilligung; die Versammlung kam dem Wunsche jedoch nicht nach, es wurden zunächst die Gehälter des Vorsitzenden, des Verwalters, des Hilfsverwalters, der Hilfskräfte und des Vereinsboten in gleicher Höhe wie im vorigen Jahre bewilligt. — Hierauf trat die Versammlung in die Beratung des folgenden Antrages Dehne und Genossen ein: „Den jetzt üblichen Gauzuschuß an bezugsberechtigten konditionlosen Mitgliedern von 50 Pfg. täglich auf 75 Pfg. täglich zu erhöhen.“ Kollege Oberg wies in der Begründung des Antrages auf die Ueberschüsse der letzten Jahre hin und hielt, da nach den Ausführungen der leitenden Personen der Friede im Buchdruckergewerbe auf lange Zeit gesichert sei, die Aufspeicherung von Geldern für überflüssig. Durch Annahme des Antrages würde eine Mehrausgabe von 9000 Mk. jährlich Platz greifen, was bei den sich ergebenden Ueberschüssen wenig Bedeutung habe. Daß die notwendige konditionlose Kollegen vorliege, glaubte Redner nicht näher hervorheben zu müssen. Um nicht redlos zu werden, seien von der minimalen Unterstützung noch die Beiträge für die Ortsvereine und Invalidenliste aufzubringen. Schon in früheren Jahren habe man sich mit dem Gedanken befaßt, die Beiträge für die obengenannten Kategorien aus der Gaukasse zu bezahlen. Der Antrag bezwecke daselbe und zwar indirekt. Er ersuche um Annahme des Antrages. Kollege Stolle meinte, der Antrag entspräche ja den humanitären Zwecken innerhalb unserer Organisation, er verweise jedoch darauf, daß in diesem Jahre kein Ueberschuß erzielt werde, indem für andere Zwecke in diesem Jahre an Unterstützungen und Darlehen bereits über 27000 Mk. aus der Gaukasse verausgabt worden. Von den Darlehen ist bisher noch nichts zurückgezahlt worden. Bei Annahme des Antrages dürfe jedenfalls nicht vergessen werden, daß die Unterstützungen für andere Zwecke und ebenso die Extraintersubventionen an in Kot geratene Kollegen, welche ebenfalls eine sehr hohe Summe jährlich ausmachen, eingeschränkt werden müßten. Unter den obwaltenden Umständen, zumal für die Tarifdurchführung in den Provinzen die Gelder sehr nötig sein würden, ersuchte Redner im Auftrage des Vorstandes um Ablehnung des Antrages für die Jetztzeit. Stöbel wies noch auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen hin, indem der Bezug nach Berlin ein noch größerer sein werde. Denn schon jetzt sei der Bezug, trotz aller Warnungen, daß der Arbeitsmarkt hier ungeheuer überfüllt ist, ein enormer. Er halte ebenfalls den Antrag für die Jetztzeit für unangebracht, da man das Augenmerk auf die Tarifdurchführung richten müsse. Dittmann wünschte bei Ablehnung des Antrages die Unterstützung auf bestimmte Zeit an ausgesetzten Kollegen weiter zu zahlen. Michaelis, August und Rosenberg traten für den Antrag Dehne ein. Arendsee war der Antrag ein Beweis, daß der Gewerkschaftsstandpunkt bei vielen noch nicht begriffen werde, was eigentlich auch gar kein Wunder sei, da von den Führern gerade dieser zu wenig vertreten werde. Er kann sich für die Unterstützung nicht erwärmen, sondern hätte gewünscht, daß die günstige Konjunktur besser ausgenutzt und damit den Arbeitslosen Gelegenheit zur Arbeit geboten würde. Ihm sei die Erkenntnis schon lange gekommen, daß durch die Tarifgemeinschaft keine Besserung geschaffen werde. Blumenthal meinte, daß es Mode geworden sei, alles mit der Tarifgemeinschaft zu verquicken und derselben an allem Schuld zu geben. Hauptächlich gefalle sich Arendsee in dieser Rolle sehr gut. Auch er halte den Antrag für den gegenwärtigen Augenblick nicht für zweckmäßig und ersuche um Ablehnung. Massin ersuchte den Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen und vielleicht die Anregung Dittmanns in Betracht zu ziehen. Oberg bedauerte, den Antrag nicht zurückziehen zu können, da der eigentliche Antragsteller, Kollege Dehne, heute nicht anwesend sei. Schließlich wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen, worauf die Versammlung vom Vorsitzenden um 1 1/2 Uhr mittags geschlossen wurde.

K. Bremen, 18. November. Die heutige Bezirksversammlung wurde unter dem Zeichen des „neuen Karfes“ durch eine Ansprache des neuen Vorsitzenden Kollegen Donath eröffnet, in welcher er eine unparteiische Leitung der Verhandlungen zusagte und die Erklärung abgab, daß von nun an wieder Ruhe in den Versammlungen herrschen werde. Diese letzteren Worte bezogen sich auf ein Schreiben des Gauvorsitzenden, welcher die Rücknahme des Ausschusses des Kollegen Roganski bekannt gab. Da dieser Stein des Anstoßes und Grund heftiger Debatten in den Versammlungen aus der Welt geschafft ist, so kann den Worten des Vorsitzenden ein so eher Gewicht beigelegt werden, als auch seine Freunde in den Debatten durch Ruhe und Sachlichkeit, welche übrigens auf allen Seiten beobachtet wurde, zeigten, daß es ihnen Ernst damit ist, nun in Eintracht auch mit der übrigen Kollegenschaft zum Wohle des Ganges zu arbeiten. Der Fall Roganski hat aber noch andere Kreise gezogen, denn Punkt 2 der Tagesordnung lautete: „Aufstellung von Kandidaten zur Wahl eines Gauvorsitzenden.“ Gauvorsitzer Rosenlehner motivierte seine Amtsniederlegung damit, daß er im Gegensatz zu seinen Kollegen, welche für den Ausschluß Roganski stimmten, später aber ihre Namen unter eine Petition setzten, welche die Rückgängigmachung des Ausschusses bezweckte, nach wie vor auf dem Standpunkte verharre, daß der Ausschluß zu Recht erfolgt sei und er die Angelegenheit als eine Prinzipienfrage ansehe, über die der ganze Gau zu entscheiden habe, er werde sich deshalb auch wieder als Kandidat aufstellen lassen. Kollege Rezin erwiderte Rosenlehner, daß es richtiger gewesen wäre, sich dem Beschlusse der Bezirksversammlung zu fügen; es sei die reine Poesie, jeden Augenblick das Gewehr in den Graben zu werfen und sich nachher wieder wählen zu lassen. Nachdem Kollege Rezin von der Opposition als Kandidat vorgeschlagen war, erklärte dieser, daß er in dem Falle, wenn Rosenlehner mit seiner Amtsniederlegung Ernst gemacht hätte, eine event. Wahl angenommen hätte, unter diesen Umständen aber nicht Strohmann zu spielen gedente; er sei überzeugt, daß Rosenlehner wiedergewählt werde, aber in der Mehrzahl von Kollegen, die sich um das Vereinsleben nicht kümmern und es deshalb beim Alten bewenden ließen. Von anderer Seite wurde Kollege Wiltens, bis vor kurzem Bezirksvorsitzer, vorgeschlagen, es hat deshalb eine Wahl zwischen Rosenlehner und Wiltens stattzufinden. In die Wahlkommission wurden gewählt die Kollegen Kühnast, Witte, Winkold und Wilmeyer. Unter dem Punkte Berichtsbereichs beschränkte sich der Berichtsfasser des Corr. über ein Nachwort in der „Wacht“ über die letzte Bezirksversammlung, welches die Thatfachen vollständig auf den Kopf stellte; in demselben wurde ihm angebildet, er habe sich über Reghäusers Nachwort beschwert, während er nur auf eine Anfrage geantwortet; er rufe die Versammlung zum Zeugen an. Da der betreffende samole und wahrheitsliebende Berichtsfasser anwesend war, aber still wie das Grab blieb, so charakterisierte sich der betr. Artikel in der Wacht von selbst. Da noch andere Kollegen sich über den Berichtsfasser der „Wacht“ beschwerten und sich somit die Debatte zu lang ausgedehnt hätte, so wurde auf Antrag Rosenlehners über die „Schmutzereien“ der Wacht zur Tagesordnung übergegangen. Darauf wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen. (Die betr. Anschuldigungen des Corr.-Redakteurs in der „W.“ sind von A bis Z erdichtet, wir pflegen schon längst nicht mehr auf dergleichen zu reagieren. D. R.)

7. Bremen. Wenn man die Auslassungen in der B.-W. speziell für Bremen verfolgt, so kann ein Unbefangener leicht zu der Meinung kommen, die Opposition in Bremen und im allgemeinen im Nordwestgau sei „mächtig und stark“. Darüber möge folgendes Charakteristische hier Platz finden. Mit dem Inhalte der B.-W. mag sich schon keiner der „Oppositionellen“ mehr identifizieren. In der am 18. November hier abgehaltenen Bezirksversammlung mußten Kandidaten für den Gauvorsitzer nominirt werden. Wer nun denkt, daß die „starke Opposition“ einen eignen Kandidaten für den Nordwestgau präsentieren würde, der irrte sich, trotzdem sie viele Kandidaten auf Lager haben wollte. Zuerst wurde unser bisheriger Gauvorsitzer Rosenlehner aufgestellt, der die Kandidatur auch wiederum annahm. Als „Gegenkandidat“ unser letzter Bezirksvorsitzer, Kollege Wiltens, der sein Amt kürzlich niederlegte, weil er die Konsequenzen des Beschlusses einer früheren Bezirksversammlung trug, die die Rücknahme des Ausschusses eines Mitgliedes forderte, der also für den Ausschluß war. Diesen Kandidaten erklärte die Opposition ihrerseits unterstützen zu wollen. Bieleicht werden die Stimmen, die Kollege Wiltens auf sich vereinigt, noch als gegen die Tarifgemeinschaft abgegeben bezeichnet. Herrliche Vogt!! Also zwei Kandidaten, die ein und dasselbe wollen: den Tarif zur Einführung bringen und Generalversammlungsbeschlüssen Geltung verschaffen. Man ersieht hieraus, daß die „Opposition“ nur ihr Opfer haben will. Es schickte auch nicht an Vorwärts auf den jetzt sich einer gewissen Neuwahl unterliegenden Kollegen Rosenlehner, wie „lieben“ am Amt und „Karre im Sumpfe fieden lassen“, während gerade der neugewählte Bezirksvorsitzer als Anhänger der Opposition nicht „lebt“, wenn er von 65 abgegebenen Stimmen 29 auf sich vereinigt und trotz erbotenen Einspruchs sich nicht einmal einer Stichwahl unterzieht. Daß es sich nicht um die Sache, sondern nur um die Person des Gauvorsitzers Rosenlehner von Seiten der „Opposition“ handelt,

beweist die Erklärung eines Anhängers derselben, der, ohne Widerspruch von jener Seite zu finden, erklären konnte, nachdem in der Angelegenheit Roganski-Rosenlehner die Kommission nur Resolutionen zu Gunsten Rosenlehners einstimmig angenommen hatte (die „Sachlichkeit“ des Schriftführers wurde von mehreren Seiten angezweifelt): Rosenlehner bleibe trotzdem in ihren Augen was er vorher war. Die hier angeführten Pointen beruhen auf Thatfachen und mögen deshalb als eine Ergänzung der hiesigen Berichte aufgefahrt werden.

Heidelberg. Die in Nr. 132 des Corr. veröffentlichte Schilderung eines reisenden Kollegen über den hiesigen Bezirk bedarf einer Berichtigung, da sich die Sache nach Aussage des Bezirksvorsitzenden, an welchen sich der Bezirksvorstand sofort wandte, wesentlich anders verhält, als sie betreffender Kollege, Wolsf Marzard aus Riga, schilderte. Derselbe kam am Morgen des 30. Oktob., nachdem er aus Besehen im früheren Bezirk zur Glode übernachtet hatte, in den roten Löwen, wo er sich bis abends aufhielt, um sich dann abermals (aus Besehen?) zum Übernachten in die Glode zu begeben. Am andern Morgen erschien er wieder im Löwen und bot dem Wirt zwei Uhren zum Verkauf an, welcher Handel aber von letzterem abgelehnt wurde mit dem Bemerkten, W. solle sie doch da verkaufen, wo er übernachtete. Dies waren die Vorwürfe, die ihm darüber gemacht wurden, daß er nicht da geschlafen habe. W. entfernte sich dann, kehrte jedoch bald wieder, gegen 4 Uhr spielte er dann, wie geschilbert, mit zwei reisenden Nichtbuchdruckern eine Partie Billard, welche jedoch nicht diese beiden, sondern er verlor, ohne sie jedoch zu bezahlen; auch entfernten sich die erlernten nicht, sondern waren später auch noch da. Die Ursache, welche W. die Prigel eintrug, hat derselbe entsetzt wiedergegeben. Nicht will er angeblich die Kassierin geschlagen haben sollte, sondern weil er sich wirklich an der vierzehnjährigen Tochter des Wirtes (welche er während der zwei Tage in zudringlicher Weise belästigte) thätlich vergiess, indem er sie im Wäffel auf den Boden warf und mißhandelte, wurde ihm, nachdem sie seine Unverschämtheiten energisch zurückgewiesen hatte, ein „Denkzettel“ verabfolgt. „Blau und grün zerklüftet“ verließ W. nicht etwa sofort diesen „ungastlichen“ Bezirk, sondern es geschah ihm da noch bis nach 7 Uhr, und nachdem er dann noch da zu Nacht gegessen, entfernte er sich mit der Drohung, die Sache im Corr. zu veröffentlichen, was er denn auch unter Verdrehung der Thatfachen that, ohne sich vorher an den hiesigen Bezirksvorstand zu wenden. Der Bezirk im roten Löwen wird nach wie vor den reisenden Kollegen bestens empfohlen.

Heidelberg, November 1896. Die bekannte Phrase, daß auch die „Revoin“ nichts von dem neuen Tarif wissen will, ist schon durch verschiedene Beispiele widerlegt worden und gerade an manchen Orten, in denen bisher von einem Tarif überhaupt keine Rede war, ist es gelungen, dem jetzigen Tarif Eingang zu verschaffen. Auch der hiesige Ort, mit ziemlich bedeutenden Druckerien, dürfte zu den letzteren zu zählen sein, und wenn es den hiesigen Kollegen gelungen ist, in die letzter sehr primitiven Verhältnisse eine Weiche zu legen und dieselben bedeutend zu verbessern, so hat das jedenfalls mehr Wert als die wüsten Schimpereien so mancher „Opponenten“. Ueber die Vorgänge bezüglich der Einführung am Platz ist wenig zu berichten. Einmütig beschloß eine Bezirksversammlung, den Prinzipal der Einführung des neuen Tarifs abzuverlangen (eine äußerst günstige Geschäftskonjunktur gab uns den nötigen Rückhalt) und sofort gaben zwei Prinzipale (Emmerling und Gensendörfer) ihre Zustimmung. Mehr Arbeit hatten wir schon mit den Herren Böning (Unterfrüßbuchdruckerei) und Pfeffer (Tageblatt). In ersterer kam es zur Kündigung seitens des gesamten Personals (auch einiger Nichtmitglieder) und gerade letzterer Umstand dürfte vielleicht Herrn Böning zuguterletzt noch zu einiger Nachgiebigkeit veranlaßt haben. Wenn nun auch die Kollegen dieser Druckerie noch nicht voll und ganz im Besitze des neuen Tarifs sind (zugelagt wurde eine neunneunwertstündige Arbeitszeit), so ist doch zu erwarten, daß die übrigen Viertelstunde ebenfalls noch wegsallen wird. Auch die Pfefferische Druckerie hat die neunstündige Arbeitszeit eingeführt. Einleit mit der Marke B.-W. arbeitende Druckerien bleiben freilich noch auf ihrer zehn- bis elfstündigen Arbeitszeit bestehen und da wir keine Ursache haben, für diese Sorte Kollegen einzutreten, so können wir ihnen gern das Vergnügen, so lange als möglich arbeiten zu dürfen. Alles in allem können wir in Heidelberg mit dem Erfolge zufrieden sein. Möge ein guter Geist Heidelberg Kollegen zusammenhalten, damit das Errungene für alle Zukunft bestehen bleibt zum Wohl aller und unsers Verbandes.

Jäger. In der am Sonnabendabend hier abgehaltenen ordentlichen Monatsversammlung, welche von 23 (bei 32 ortsanwesenden) Mitgliedern besucht war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erkläre in den vom Rentatvorstande vorgenommenen Ausschüssen der an der B.-W. beteiligten Kollegen das größte Hindernis, welches der Wiederherstellung des Friedens in unserer Organisation im Wege steht; sie ersucht — um den Instanzenzug nicht zu umgehen — den Gauvorstand, mit allen ihm statutarisch zu Gebote stehenden Mitteln für die Rückgängigmachung dieser Ausschüsse zu wirken.“ — Des weitern konnte festgestellt werden, daß die Einführung des neuen Tarifs sich hier und in den Nachbarstädten ohne Schwierigkeiten

vollzogen hat. Das Personal der Firma G. J. Pünzinger (31 Mitglieder und 3 Nichtmitglieder) erfreut sich schon seit dem 1. Juli der verkürzten Arbeitszeit, auch wurde in zwei vorkommenden Fällen von der Ausnahmebestimmung des § 33, Absatz 2 kein Gebrauch gemacht; drei weitere Geschäfte am Orte kommen kaum in Betracht, weil sie entweder ohne Gehilfen arbeiten oder doch nur vorübergehend einen beschäftigen. — Die einzige Druckerie in Wülfer hat den Tarif schriftlich anerkannt, ebenso Augustin in Gluckstadt. Von dort konnte indes berichtet werden, daß den Kollegen die Wahl gelassen wurde zwischen verkürzter Arbeitszeit oder einer kleinen Gehaltszulage und sie sich für die letztere — man sagt einen „Schnapsgroßchen“ von 50 Pfg. — entschieden. Dieses Verhalten erscheint uns so unverständlich, als sämtliche beteiligte Kollegen bereits über Minimum bezahlt worden. — Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren nur von lokalem Interesse.

Rhin. (Erwiderung.) Zu Nr. 132 des Corr. müßt sich Herr Kupprecht-Rhin recht herzlich ab, die von mir in Nr. 129 gegen ihn vorgebrachten Behauptungen zu unterstützen bzw. zu widerlegen. Es ist ihm dies jedoch sehr wenig gelungen. Bezüglich des Falles Kraay mag ich vielleicht falsch unterrichtet gewesen sein, und ich will Herrn R. durchaus nicht Unrecht thun und in diesem Falle pater peccavi sagen. Mit dem „sinkenden“ Maschinenmeister bleibt es aber bei dem Gesagten. Ganz nebenbei will ich noch bemerken, daß „Herauszaulen“ und „freiwillig gehen“ bei Herrn R. ein Begriff ist. Bezüglich der sechzehnjährigen Bachhalterin sei hier fest gestellt, daß er sie gegenüber Dritten eine „Schä... e“ nannte. Was hat Herr R. denn nun eigentlich richtig gestellt? Nichts! Für alle die übrigen Anlagen, die ihm entgegengehalten werden, hat Herr R. kein Sierebenswürdiges, weiß er doch zu gut, daß sie die Wahrheit enthalten. Für den oben zurückgenomnenen Fall Kraay seien aber hier direkt einige neue Behauptungen eingeflochten, die Herr R. ja auch widerlegen kann, wenn er Lust dazu hat: 1. Es ist wahr, daß das Personal seiner Doffin vor fast Jahresfrist auf oft wiederholtes Verlangen seine beliebigen Invalidentkarten nicht erhielt, obgleich sie bereits lange fällig waren. Herr R. mußte vielmehr bald darauf durch die Vertrauensmänner der Invalidentversicherung gezwungen werden, die Karten zu beschaffen. Es ist 2. wahr, daß Herr R. seine weiblichen Arbeiter an verschiedenen Samstagen, wo diesen armen Geschöpfen der Arbeiterschuß in besonderer Maße zu gute kommen sollte, teilweise bis in die Nacht hinein arbeiten ließ, und zwar ohne gehörliche Erlaubnis. Es ist ferner 3. wahr, daß Herr R. in einem komplizierten Fall einen Kollegen viel später zur Krankenkasse angemeldet hat, so daß dieser, als er arbeitsunfähig wurde, den höhern Satz des Krankengeldes nicht erhielt; er hat zwar die Beiträge geleistet, dieselben wurden aber durch die verspätete Anmeldung nicht an die Krankenkasse abgeführt. Herr R. machte zwar dem Kollegen den Schaden dadurch gut, daß er ihm die Differenz bezahlte, die Krankenkasse ist aber doch durch dieses Verfahren geschädigt worden. Man könnte eine förmliche Repressaliste von Ungehörigkeiten aufstellen, die sich Herr R. in seiner Stellung als Arbeitgeber zu schulden kommen ließ und noch läßt. Vorläufig wird dies aber genügen — auf Verlangen folgt mehr. — Herr R. glaube recht schlaue gewesen zu sein, als er schrieb: „ich werde vor der Hand versuchen, ihn (den Artikelschreiber) in Güte zu zwingen, die Wahrheit zu berichten.“ (Das „nachher werde ich ihn „nauschmeißen“ ist ihm offenbar in der Feder fieden geblieben.) Aber, verehrtester Herr R., was habe ich denn anders berichtet als die Wahrheit? Herr R. mag sich jedoch beruhigen, denn der Artikelschreiber befindet sich vollständig außerhalb seines „Machtbereiches“. Ihn „in Güte zwingen“ geht also schlecht und ihn nachher „nauschmeißen“ noch schlechter. Herr R. mag seine Drohung mit der Klage ruhig ausführen; er fügt vielleicht die drei neuen Delikte mit ein — schon der Vollständigkeit halber. Für eine genügende Beweisaufklärung stehen uns Zeugen dufend, scharfsinnig zur Verfügung. Wie wäre es aber, wenn Ihre Gehilfen Sie vor Gericht wegen Ihres lebenswichtigen Ausdrucks „Gesindel“ belangen würden, womit Sie dieselben bezeichnen? Diese Behauptung zu „widerlegen“ haben Sie wohl ganz „vergesen“? — Also, Herr R., schnell zum Kadl!

R. Röhren (Anhalt). Mit Ausnahme der Firma Paul Schettlers Erben ist der neue Tarif auch hier eingeführt. Die letztgenannte Firma scheint an die Einführung tariflicher Zustände überhaupt nicht herangehen zu wollen, wie sie denn auch weder Tarife noch Stimmzettel an ihr Personal verteilt hat. Beschäftigt werden hier bei 25 Gehilfen 16 Gehilftinge. Neuausgeleitete werden mit 13 Mk., Neueingestellte (aber nur sofern sie schon länger dem Gehilfenstand angehören) mit 18 Mk. salarirt. Nur in einigen Fällen wird das Minimum erreicht oder übergriffen. In einem Falle wird mit 30 Pfg. bedient und ist der betreffende Syer gehalten, um es zu einem „ordentlichen“ Wochenverdienst zu bringen, die Besparpaufe durchzuarbeiten. Überstunden werden ohne Ausschlag nach dem Wochenverdienste bedient und betragen meistens 30 oder 40 Pfg. Die Gehilftinge werden mit 10 und 15 Pfg. bezahlt und infolge dessen den Gehilfen, weil billiger, vorgezogen. Außerdem wurden mehrere des öftern vom Herrn „Faktor“ zu einer Stunde Strafarbeit verurteilt, welche sie nach Feierabend abzulisten haben. Die Ausbildung der Lehrlinge wird durch den Herrn „Faktor“ Windt äußerst mangelhaft geleitet

demütigende Paragraphen. Die Kollegenschaft wird den ihr hingeworfenen Fehdehandschuh aufheben. Stimmung der Kollegenschaft ausgezeichnet. Die Zahlstellen in Rheinland-Westfalen sind geperrert. Bericht folgt.

Der Legatilarbeiter reproduziert die unwahre und in Leipzig zur Genüge unter Zeugen widerlegte Notiz, der Leipziger Vereinsvorstand habe an Stelle der bei Hartmann & Wolf ausständigen Gehilfen andere Vereinstglieder anfangen lassen, und kommentiert diese Nachricht mit, einem bekannten Sudelblatt einsehenden, Reflexionen auf die Zeitgenossenschaft. „Und diese Organisation (der Buchdruckerverband) bildet sich ein, an der Spitze zu marschieren“, ruft uns in stiller Entrüstung der Legatilarbeiter zu und merkt anscheinend die Fronte nicht, welche darin im Gegensatz zu den übrigen Spalten dieses Blattes liegt. So sagt ein Bericht, wir eine halbe Minute zu spät kommt, wird mit 50 Pf. bestraft, mit einander sprechen kostet 50 Pf. bis 1 M.; an anderer Stelle wird eine Lohnreduktion in hiesigem Glacemute hingenommen, weil „die Weber gezwungen sind, für jeden Preis zu arbeiten und den Jungergut nun noch enger stehen müssen“, ja ein Kreisler Korrespondent spricht von gerabau, „sibirischen Zuständen“, unter denen die Arbeiter als Spielball von Fabrikantenlaunen selbst „geohrfeigt“ wurden. Wo solche Zustände im eigenen Hause herrschen, wo nach eigenem Gutdünken, „trotz der Ausbeutung und Schikanerung der Bedrücker die Organisation gleich Null dasteh“, hätte man doch wohl keine Ursache, den Splitter im Auge des Nachbarn aufzusuchen.

Der für den 21. November angelegte Berufungstermin in der Klagefahse Döblin contra Gajch ist verstragt worden.

Edison hat sich an die Fertigstellung einer schon früher ausgetauschten Erfindung gemacht, nämlich mit Zuhilfenahme eines autographischen Telegraphen irgend eine Zeichnung per Draht auf Tausende von Meilen zu übertragen. Er nennt dies Autotelegraphie. Das Verfahren ist sehr einfach. Der Künstler fertigt seine Skizze in der seitiger üblichen Weise an. Sobald diese fertig ist, wickelt er sie um den an der Spitze der Maschine befindlichen Zylinder, drückt auf einen Knopf und im gleichen Moment, wo sich die Maschine umdreht, ist das Bild an seinem Bestimmungsorte reproduziert. Nach den seitigen Versuchen kann das Instrument auf eine Entfernung von 500 Meilen mit spielender Leichtigkeit und bei einer solchen von 1000 Meilen mit genügender Genauigkeit der Reproduktion benutzt werden. Das Verfahren ist hauptsächlich für Zeitungsillustrationen bestimmt.

Die freundschaftliche Vereinigung zum Studium der graphischen Künste und zur Förderung der Bucharbeiter in Frankreich: Le Gutenberg in Marseille, hat auf der diesjährigen Weltausstellung für Erzeugnisse von Arbeitern jedweden Standes und Berufs zu Rouen (in der Klasse „Arbeit“) die einzige goldene Medaille erhalten. Ferner wurde dasselbst dem französischen Bucharbeiter-Blatt La Sorte (im französischen Buchdruckerjargon soviel wie „Der Lit“ bedeutend) in der Klasse „soziales Wirtschaftsgebiet“ eine silberne Denkmünze zuerkannt. Dieses typographisch-humoristische-jatyrische u. w. Blatt, das nächstens seinen sechsten Jahrgang beginnt, ist von der obengenannten Bucharbeitervereinigung gegründet zwecks Schaffung einer Klasse zur unmittelbaren Beihilfe notleidender Bucharbeiter bzw. deren Witwen und Waisen im ganzen Frankreich. Das Blatt erscheint „sehr regelmäßig vom 1. bis 30. jeden Monats“. — Ein andres Fachblatt Le Sidel typographique wurde von derselben Ausstellungsjury mit einer Emaildenkmünze bedacht.

Die International Typographical Union Nordamerikas hielt in den Tagen vom 12. bis 17. Oktober in Colorado Springs ihre dreihundertzweite Konvention ab, die von 118 Delegierten (einschließlich zwei Vertretern der Deutsch-amerikanischen Typographia) besucht war. In den letzten zwei Berichtsjahren wurden 52 nationale Verbände bzw. Zweigvereine von solchen mit 800 Mitgliedern aufgenommen, während 18 Unionen englisch sprechender Sezer mit 160 Mitgliedern eingingen, 25 Exerunionen mit rund 300 Mitgliedern wegen Restierens gestrichen werden mußten und 40 Unionen von Druckern und Einlegern sowie 5 Buchbinderunionen mit zusammen 1400 Mitgliedern austraten, um sich ihren nationalen Vereinigungen anzuschließen. Vom 1. Juli 1894 bis Ende Juni 1896 wurden 187.945 Doll. eingenommen und 182.860 Doll. ausgegeben; das Vermögen beläuft sich auf 40.739 Doll. Streiks und Lockouts sind in demselben Zeitraum 78 (darunter 8 von Zweigen der D. A. T.) mit 1292 beteiligten Mitgliedern zu verzeichnen, von denen 42 gewonnen, 16 verloren und 20 zur Zeit noch unentschieden waren. Von den gefassten Beschlüssen des Konventes, die teils noch der Urabstimmung unterliegen, seien hervorgehoben: Die mit dem 1. Juli 1897 zur Einführung zu bringende Arbeitslosenunterstützung (3 Doll. wöchentlich auf die Dauer von zweimal sechs Wochen im Jahre), Erhöhung der Kopfsteuer pro Mitglied und Monat auf 50 Cent, die Anwendung der Achtstunden-Label (Schutzmarke) auf allen Arbeiten, welche unter dem Achtstundensysteme hergestellt werden, sowie strikte Anerkennung der in den Rayons der deutschen Unionen bestehenden Arbeitszeit und Löhne (letztere beiden Entwürfe von der D. A. T. zum bessern Schutze für die Aufrechterhaltung ihres Achtstundensystems eingebracht), für Wert- und Accidenzdruckereien

unter der Jurisdiktion der J. T. U. eine Maximalarbeitszeit von 9 Stunden täglich oder 54 Stunden wöchentlich und die Ausschreibung einer Extrasteuer zur Erreichung der kürzern Arbeitszeit, weiter kamen eine Reihe von Verwaltungs- und Unterrichtsangelegenheiten zur Erlebung, u. a. auch, daß für das Buchdruckerheim größere Aufwendungen und deshalb höhere Zuschüsse notwendig seien als bisher. Der nächste Kongreß findet in zwei Jahren in Syracuse (N. Y.) statt. Bemerkenswert ist ein Antrag der deutschsprechenden Kollegen, „alle religiösen Uebungen und politischen Reden irgend welcher Art bei allen weiteren Konventionen der J. T. U. in Wegfall zu bringen“, welcher bei der Ausschloßigkeit der Annahme zurückgezogen wurde. Zwar blieb der Kongreß von der Rede eines Geistlichen verschont, es gtag aber trotzdem nicht ohne ein feierliches Gebet und einen Vortrag über „das Verhältnis der Kirche zur Arbeiterbewegung“ ab. Ein Besuch, eine Resolution zu Gunsten der freien Silberprägung durchzubringen, wurde unter großem Tumult im Keim erstickt.

Presse und Literatur.

Der Besitzer des Dieger Tageblattes hatte den Untertitel Kreisblatt für den Unter-Rahntreis auch dann noch beibehalten, als ihm die Bekanntmachungen der Kreisbehörden entzogen worden waren. Die Polizei fordert die Weglassung dieses Titels und der Landrat gab ihr Recht mit dem Bemerkten: Kreisblatt sei die amtlich technische Bezeichnung der von den Kreisbehörden zu ihren Publikationen benutzten Blätter und wenn der Beschwerdeführer sein Blatt auch jetzt noch Kreisblatt nenne, könnte das Publikum irritiert und damit die öffentliche Ordnung gestört werden. Auch der Regierungspräsident stimmte diesem Entschlusse zu. Das Oberverwaltungsgericht dagegen hob die Befehlung auf: Der Titel einer Druckschrift sei nicht minder ein Teil ihres Inhaltes wie der Text selbst. Deshalb sei die Angelegenheit nur nach dem Preßgesetze von 1874 zu beurteilen, das die Freiheit der Presse ausdrücklich nur den Beschränkungen unterstelle, die es selbst vordrücke oder zulasse. Ein vorgegebenes Einschreiten, durch die Befürchtung diktiert, die öffentliche Ordnung könnte gefährdet werden, lasse sich aber auf das Preßgesetz nicht stützen.

Das Oberlandesgericht in Karlsruhe hat befunden, daß der Besitzer oder Verleger einer Zeitung verpflichtet ist, die Prozeß- und Anwaltskosten für den Redakteur zu zahlen, wenn dieser nicht bezahlen kann. Im vorliegenden Falle lagte der Privatkläger die von ihm vorausgelagten Kosten ein und war in den Vorinstanzen abgewiesen worden.

Der Proletarier aus dem Eulengebirge wirt einen Rückblick auf sein sechsjähriges Bestehen. Er hatte vier Redakteure und diese wurden verurteilt der erste zu 2 Jahren, der zweite zu 3 Monaten 14 Tagen Gefängnis, der dritte zu 510 M. Geldstrafe, der vierte zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 900 M. Geldstrafe. Außerdem waren zu registrieren 13 Konfiskationen und ungedächte Vernehmungen.

Eine Note über den Selbstmord eines Offiziers kostete der Burgstädter Volksstimme außer den üblichen Nebenstrafen 150 M., auf die das Schöffengericht wegen Beleidigung erkannte. Die Beleidigung eines Köchterskubdirektors hat die Landauer Zeitung (katol.) mit 400 M. zu büßen, die eines Oberwogts in Eisleben dem Halleischen Volksblatte 600 M. Die Münchener Freie Presse zahlte 150 M. wegen einer Kritik des Urteils im Haberer-Prozesse, worin das Schöffengericht groben Unfug erlitt. Schlimmer erging es dem Redakteur Witttrich von der Schiffschen Arbeiter-Zeitung, der zur Zeit bereits eine dreimonatige Gefängnisstrafe verbüßt; er wurde wegen Beleidigung der fgl. Amtshauptmannschaft und eines Genbarmerie-Brigadiers zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Öffentliche Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.

In Halle tagten Arbeiterbesitzer an demselben Gewerbegetriebe aus 41 Orten. Den Hauptanlaß zur Zusammenkunft gab die Stellungnahme gegen die Handwerkerunterstützungsvorlage, besonders in Bezug auf die darin enthaltene Krugbindung von Innungsmitgliedern. Außerdem wurden aber auch die Mängel der Gewerbegetriebe besprochen, insbesondere wünschte man den Besitzern mehr Rechte eingeräumt. Sodann sprach man sich für Aufhebung der Geschäftsordnungen, ferner für Einbeziehung der Handlungsgehilfen in die Gewerbegetriebe und für Abschaffung der jetzt zulässigen Verurteilungen gegen Entschiede der Gewerbegetriebe bei Klageobjekten über 100 Mark aus. Als Organ der Arbeiterbesitzer wurde die in Berlin erscheinende Zeitschrift „Das Gewerbegetriebe“ ernannt, von einer besonders festen Organisation aber abgesehen.

Der Freie Deutsche Bäderverband versendet an seine Mitglieder Fragebogen. Es soll festgestellt werden, wie viele Gehilfen gegen den Normalarbeitstag sind. Den Gehilfen werden zu diesem Zwecke Formulare zur Unterzeichnung vorgelegt. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Meister eine große Anzahl Unterschriften bekommen werden, man weiß ja wie es gemacht wird. Wären die Arbeiter alle, oder doch die Mehrzahl, organisiert, so würde man ihnen mit solchen Zumutungen nicht kommen.

Nach einem Entschiede des Gewerbegetriebs in Berlin ist es kein Kontraktbruch, wenn ein Unternehmer den Arbeitern auf Handschlag etwas zuzuführt, die Zuzuführung aber nach acht Tagen zurücknimmt. Eine solche Handlungsweise berechtigt die Arbeiter nicht zur sofortigen

Arbeitseinstellung. Zugegeben, daß derartige Abmachungen nicht auf ewige Zeiten gelten; wenn die eine Partei aber in der Not — es handelte sich im vorliegenden Fall um den Lithographen- und Steinbruderstreik — ein Versprechen gibt mit dem Hintergedanken, es nicht zu halten, so ist das mindestens nicht anständig und entbindet die Arbeiter auch ihrer Verpflichtungen.

In Paris sprach die Presse am Ende März d. J. an 15 großen Bereschorsorten Deutschlands 2023 Frauen beschäftigt.

Die Stadtgemeinde St. Gallen beschloß, die dort bestehende Arbeitslosenversicherung mit dem 1. Juni 1897 aufzugeben. Die Gründe der Mehrheit waren nur nebensächlicher Natur. Das Finanzergebnis war ein durchaus zufriedenstellendes. Gleichwohl fehlt uns der Glaube, daß in so enger Begrenzung eine derartige Einrichtung für die Dauer zu halten sei.

Industrie und Gewerbe.

Die Bergbau- und Hüttenindustrie erfreut sich seit Ende des letzten Jahres eines bedeutenden Aufschwunges; so beläuft sich die Erzeugung an Kobaliten aller Art in Oberschlesien — welches etwa 10 Prozent der Gesamt-Hüttenenergie Deutschlands liefert — auf 568.000 Tonnen, woran es Werke mit 26 im Feuer stehenden Hochoföfen sind. Dieses Quantum entspricht einer durchschnittlichen Tagesleistung eines Hochofens von 60 Tonnen, während die höchste Leistung pro Ofen und Tag 110 Tonnen betrug (50 Tonnen wurden vor etwa 10 Jahren noch als eine hohe Leistung angesehen). Die 26 im Betriebe befindlichen Hochoföfen erzeugten 61 Prozent Puddelkohlen, 7 Prozent Bessmerkohlen, 22 Prozent Thomaskohlen, 2 Prozent Spiegel-eisen und 8 Prozent Gießereikohlen. Mehr als die Hälfte all dieser Erzeugnisse werden in den beiden größten Häusern Haniel von Donnersmarck gehörigen Werken fertiggestellt, welche dieselben teils in eigener Regie betreiben, teils an die ober-schlesische Eisenindustrie-Aktiengesellschaft verpachtet haben. In der gesamten ober-schlesischen Berg- und Hüttenindustrie — die erstere muß ihres organischen Zusammenhanges mit der letzteren wegen hier mit einbezogen werden — sind 103.245 Arbeiter beschäftigt und zwar 66.348 beim Kohlen- und Erzbergbau, 9.539 im Zink-, Blei- und Silberhütten und 27.358 in der Eisen- und Stahlindustrie und in Kokerbetrieben.

Einer Schlagwetter-Explosion auf der Reche General Blumenthal in Kettlinghausen in Westfalen fielen 30 Bergleute zum Opfer!

Arbeiterbewegung.

Der zweite Dresdener Maurerstreik verursachte 8468 M. Kosten, zu denen 8546 M. teils aus dem Zentralstreikfonds, aus der Lokalfasse und von unter neuen Bedingungen arbeitenden Maurern eingegangen waren. — Der Maurerstreik in Schwiebus kostete 1430 M., wozu 1440 M. einliefen.

In Dresden bewilligte die lithographische Kunstanstalt Jodel den Hilfsarbeitern 25 Proz. Aufschlag für Lieberstunden, außerdem für das gesamte Personal acht-einhalbstündige effektive Arbeitszeit ohne Streik. Die Sperre über das Haugeschäft von Jaar & Wahl in Berlin wurde aufgehoben, die alten Wöhne (55 Pf. pro Stunde) werden weiter gezahlt. Ein Streik der Berggolber der Firma Weglow & Co. in Berlin endete nach zwölftägiger Dauer mit Bewilligung der Forderungen. Nach Verzichtsleistung auf die Lohnkürzung seitens der Unternehmer nahmen die Arbeiter der mecklenburgischen Weberei SaLach bei Gölplingen die Arbeit wieder auf.

Briefkasten.

K. in Hamburg: Wir hatten s. 8 Ihr Schreiben an Herrn G. gesandt und durch denselben, Ihnen wohl nicht ersichtlich, die Beantwortung veranlaßt. — B. in Osnabrück und G. in Darmstadt: Besten Dank. — E. in Detmold: Wird brieflich beantwortet. — M. Gegenheimer in Helben: Einer nach dem andern. Sie sind jetzt an der Reihe, trotzdem Ihr Artikel schon am 16. Oktober eingekandt wurde. Die Kollegen der Opposition sorgen ja in ausgiebigster Weise für Material. Sie müssen also diesen die Schuld für die späte Aufnahme Ihres Artikels betmesen, nicht uns. — C. G. in München: 1.— M. — P. D. in Keutlingen: 40 Pf. — A. in Gräfenhainichen: 2.— M. — St. in Nördlingen: 9,50 M.

Verbandsnachrichten.

Nordwestgau. Die Gantvorsteherwahl findet am 24. November statt. Als Kandidaten sind aufgestellt die Kollegen Rosenlechner und Willens. Die ausgefallenen Stimmzettel werden bis zum 27. November an Eduard Kühnast, Bremen, Weizenkampstraße 160, zurückgeben. Sollten Mitglieder Stimmzettel nicht erhalten haben, so ist umgehende Nachricht erwünscht. Abstimmung erfolgt per Kuvert.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftstetiger. Die Herren Kesselfasserwelter und Bergehrswitze werden darauf aufmerksam gemacht, daß von nun an Vorstände auf Kesselfassergenerationen von unsrer Verwaltung nicht mehr in Abzug gebracht werden. Selbstungen an den Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftstetiger sind stets an den Verwalter Herrn Franz Stolle zu adressieren. — Die Arbeitslosigkeit in Berlin nimmt infolge des starken Zuguges von Arbeits-

